

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
Redaktion und Verwaltung: Drag II., Nebojska 15. • Telefon: 26793, 31469. • (Nachdrucktelefon): 26797 • Postfachamt: 37544

12. Jahrgang.

Dienstag, 16. Feber 1932

Nr. 40.

Hindenburg kandidiert.

Berlin, 15. Feber. Reichspräsident von Hindenburg hat sich entschlossen, die ihm von zahlreichen Seiten angetragene Kandidatur für die Neuwahl zum Reichspräsidenten anzunehmen.

Hindenburg gibt auf die an ihn in den letzten Tagen gerichteten Aufforderungen und Anträgen öffentlich eine Antwort, in der es heißt:

Noch ehe ich meine Verantwortung für das Schicksal unseres Vaterlandes entschlossen, mich für eine etwaige Wiederwahl zur Verfügung zu stellen. Der Umstand, daß die Aufforderung hierzu an mich nicht von einer Partei, sondern von breiten Volksschichten ergangen ist, läßt mich in meiner Vereinerkennung eine Pflicht erblicken.

Sollte ich gewählt werden, so werde ich auch weiterhin mit allen Kräften dem Vaterlande treu und gewissenhaft dienen, um ihm nach außen zur Freiheit und Gleichberechtigung, nach innen zur Einigung und zum Aufstieg zu verhelfen. Werde ich nicht gewählt, so bleibe mir dann der Vorwurf erspart, meinen Posten in schwerer Zeit eigenmächtig verlassen zu haben.

Wie der Hindenburgauschuss offiziell mitteilt, hat die Zahl der Eintragungen für den „Wahlvorschlagn Hindenburgs“ im Laufe des Montag-Vormittags 2,5 Millionen erreicht. Es laufen ferner noch Anmeldungen namentlich vom hohen Lande ein.

Für Hindenburg treten Zentrum, Staatspartei, Deutsche Volkspartei, Volkskonservative und Wirtschaftspartei, voraussichtlich auch der Reichslandbund und die Kriegerverbände ein.

1. Wahlgang am 13. März.

Reichstag nächsten Dienstag.

Berlin, 15. Feber. Der Reichstag ist nunmehr endgültig für Dienstag, den 23. Feber nachmittags 3 Uhr einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht lediglich Beschlussfassung über den Wahltag für die Wahl des Reichspräsidenten. Als Grundlage der Beratung für den Reichstag dient das Schreiben des Reichsinnenministers Gröner, worin dieser namens der Reichsregierung für den ersten Wahlgang den 13. März und für den zweiten Wahlgang den 10. April vorschlägt.

Kein sozialdemokratischer Gegenkandidat?

Um die Wahl eines Faschisten zu verhindern, wird die Sozialdemokratie, wie aus deutlichen Ankündigungen des „Vorwärts“ wie des Parteiparaphen Wels hervorgeht, für Hindenburg stimmen, die dieser zwar konterkarr, aber nicht verfassungsfeindlich sei, seinen Eid auf die Verfassung gehalten und nichts entgegen den Rathschlüssen der verfassungsmäßigen Regierung getan habe. Ein Beschluß des Parteivorstandes wird voraussichtlich Donnerstag gefaßt werden. Der „Vorwärts“ vom Sonntag schreibt zu der Wahl:

Die Sozialdemokratie wird nicht den kommunistischen Unsinns mit zwei multiplizieren: Sie wird sich nicht ohne sorgfältige Prüfung der Risiken zu einer sozialdemokratischen Kandidatur entschließen. Für eine bloße Zahlkandidatur ist sie sich zu gut. Sie hält es auch nicht für „revolutionäre Klassenpolitik“, wenn das Proletariat einige Zahlkandidaten aufstellt und die Entscheidung darüber, wer wirklich Reichspräsident werden soll, den bürgerlichen Parteien überläßt.

Das heißt, nicht eine Politik „Klasse gegen Klasse“ treiben. Das heißt vielmehr, der geistigen Ueberlegenheit des Gegners die eigene hilflose Dummheit entgegenzusetzen.

Die Sozialdemokratie kann also nicht à la KPD bloßes Theater machen; sie kann keinen Kandidaten aufstellen, ohne wirklich um den Sieg zu kämpfen. Sie kann darum auch nicht übersehen, daß die kommunistische Taktik die Siegesaussichten eines sozialdemokratischen Kandidaten aufs schwerste beeinträchtigt. Beeinträchtigung der sozialdemokratischen Siegesaussichten bedeutet faktisch Forderung des Faschismus. Die Sozialdemokratie aber muß im Interesse der Arbeiterklasse alles tun, um wenigstens dem Faschismus den Sieg zu entreißen. Mit anderen Worten: sie muß auf einen eigenen Kandidaten verzichten, wenn sie einen anderen sieht, durch dessen Aufstellung ein Keil in die Reihen der Gegner

getrieben und eine Niederlage des reaktionärsten Teils der Bourgeoisie, der Parzburger Front, herbeigeführt werden kann.

Die Eiserne Front gegen Schwächliches Faktieren.

Berlin, 14. Feber. Im Berliner Herrenhaus hielten heute die Führer sämtlicher in der Eisernen Front zusammengeschlossenen republikanischen Verbände eine Konferenz ab. Nach einer lebhaften Aussprache nahm die Reichskonferenz eine Entschlieung an, in der sie jedes schwächliche Faktieren mit Organisationen, Bündeln und Parteien, die den heutigen Staat und seine Verfassungsgrundlage verneinen, verwirft und vor einer Taktik der Konzessionen warnt. Die Reichskonferenz fordert von den republikanischen Führern, daß sie bei der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl und bei den Landeswahlen sich allein von dem Willen leiten lassen, den sozialen Volksstaat und ein geordnetes Staatswesen zu sichern. Der Zusammenschluß aller Republikaner verpflichtet die leitenden Staatsmänner, auf die Kräfte der schwarz-rot-goldenen Front gestützt, der Not der Zeit mit den Mitteln des sozialen Volksstaates, wie ihn das Werk von Weimar vorsieht, zu begegnen und nach innen und außen die Deutsche Republik zu verwirklichen.

„Riffhäuser“ bedingungslos für Hindenburg.

Montag empfang der Reichspräsident den Präsidenten des Reichsriegerbundes „Riffhäuser“, General der Artillerie a. D. von Horn, der ihm erneut das Vertrauen und die Treue der im „Riffhäuser-Bund“ vereinigten alten Soldaten zum Ausdruck brachte.

Stahlhelm verlangt den Kopf Brünings.

Am Sonntag waren die Landesführer des Stahlhelms in Berlin zur Besprechung der Frage der Reichspräsidentenwahl verammelt. Die Aussprache ergab in voller Einmütigkeit, daß der gefasste Stahlhelm wie im Jahre 1925 zum Einsatz für den Generalfeldmarschall von Hindenburg bereitsteht, wenn eine ausreichende sichbare Voraussetzung für einen Kurswechsel geschaffen wird. Dem Reichspräsidenten ist dieses Ergebnis zur Kenntnis gebracht worden.

Die Presseabteilung des Stahlhelms teilt mit: Die Voraussetzungen, unter denen der Stahlhelm bereit war, für die Präsidentschaft des Generalfeldmarschalls von Hindenburg einzutreten, sind nicht erfüllt. Nunmehr hat der Stahlhelm freie Hand.

Wie erst jetzt bekannt wird, war der Stahlhelm ursprünglich für Hindenburg, kmdte dann aber vor den Hakenkreuzlern zusammen.

Die Deutschnationalen schäumen.

Die deutschnationale Volkspartei erklärt in einer offiziellen Auslassung zur Hindenburg-Kandidatur, daß der Kampf gegen das heutige System in Deutschland das oberste Gebot wirklicher nationaler Politik sei. Hinter dieses Gebot müßten auch alle Gefühle der Ehrerbietung zurücktreten, die die Partei vor dem Sieger von Tannenberg empfinde. Das Weimarer System veruche dauernd, die historische Gestalt des Feldmarschalls als Schahbild ihrer zusammenbrechenden Macht auszunutzen. Aus ihrer Hand nehme er nunmehr eine neue Kandidatur als Reichspräsident entgegen. Diese Lage der Dinge mache es uns jetzt u n möglich, die Stimmen wiederum wie 1925 für den Reichspräsidenten von Hindenburg abzugeben.

Hitler kandidiert?

Die Kandidatur Hitlers wird jetzt allgemein für sicher gehalten. Die Frage seiner Staatsbürgerschaft wird voraussichtlich schnell erledigt werden und verschiedene Anzeigen sprechen dafür, daß die Regierung hierbei keine Schwierigkeiten machen wird, da sonst der Eindruck entstehen könnte, als ob ein gefährlicher Gegenkandidat befeitigt werden sollte.

Die Anhänger der Wahl Hindenburgs hoffen, daß es ihnen gleich im ersten Wahlgang gelingen wird, die absolute Mehrheit zu erzielen, das wären also je nach der Wahlbeteiligung 16 bis 18 Millionen Stimmen.

Die Presse der Ausbeuter gegen die Arbeitslosen.

Konzentrischer Angriff gegen das Fürsorgeministerium.

Wir haben schon einmal darüber berichtet, daß die bürgerliche Presse und insbesondere die der tschechischen Agrarier immer wieder die wütendsten Angriffe auf das Ministerium für soziale Fürsorge und den Genossen Dr. Czech richteten. Was sich aber am Sonntag das Hauptblatt der Agrarier und das der Nationaldemokraten erlaubten, übersteigt nicht nur alle Grenzen der Anständigkeit, sondern übersteigt auch das, was unsere Partei sich bieten lassen kann.

Den unmittelbaren Anlaß zu diesem Trommelfeuer, dem der Fürsorgeminister ausgesetzt ist, bildet

eine Nachricht der „Lidová Noviny“ aus Brüx,

worin berichtet wird, daß in der Zubereitung der Ernährungsarten, welche die Arbeitslosen erhalten, Fälle von Mißbräuchen vorgekommen sind. „In den Verzeichnissen“, so heißt es in dieser Meldung, „waren auch Besitzer von Wirtschaften bis 18 Strich, Hausbesitzer mit Mieteinnahmen, welche höhere Unterstützungen nach dem Genter System beziehen, sowie Söhne und Töchter von Staatsangestellten, Lehrern und Kaufleuten.“

Wir konnten nicht nachprüfen, was an dieser Meldung der „Lidová Noviny“ der Wahrheit entspricht und ob nicht Tatsachen, die darin vermerkt werden, auf die Sensationslust des Berichterstatters eines bürgerlichen Blattes zurückzuführen sind, der unbedingt mit einer Nachricht zuerst kommen wollte, ohne sich von ihrem Wahrheitsgehalt vorher überzeugt zu haben. Jedenfalls ist bis heute eine amtliche Meldung darüber nach Brüx nicht erstattet worden. In der Meldung der „Lidová Noviny“ ist auch die Rede davon, daß durch Revision in der Liste jener, die Ernährungsarten erhielten, 861 Arbeitslose und 632 Kurzarbeiter gestrichen wurden. Es ist uns nicht bekannt, auf welche Weise diese Revision durchgeführt wurde und ob diejenigen, denen man nun das Stück Brot genommen hat, überhaupt gehört wurden. Aber selbst, wenn die angeführten Meldungen vollkommen der Wahrheit entsprächen, so muß man sich fragen, wer führt in Brüx die Ernährungsaktion durch? Der Fürsorgeminister oder der Herr Bezirkshauptmann?

Ist das Verzeichnis der Personen, die in Brüx Ernährungsarten beziehen, vom Ministerium für soziale Fürsorge zusammengestellt worden?

Kann der Minister für soziale Fürsorge in allen Gebieten der Republik die Menschen kennen, die sich um Ernährungsarten melden? Soll der Minister nach Brüx fahren und dort die Lebensmittelkarten selbst verteilen? Hat doch der Minister vor eineinhalb Jahren, im Juni 1930 in den Weisungen an die Bezirksbehörden als Bedingung der Zuweisung von Lebensmittelkarten ein Arbeitsverhältnis (námezdní poměr) bezeichnet. Sätze der untergeordneten Behörden, in diesen Fällen also des Bezirkshauptmannes von Brüx, ist es, die Verzeichnisse zu prüfen. Es fällt aber der bürgerlichen Presse nicht ein, den Bezirkshauptmann von Brüx zur Verantwortung zu ziehen, sondern

man macht dafür den Minister für soziale Fürsorge verantwortlich, den die bürgerlichen Parteien hassen, weil er Sozialdemokrat ist und mit der ihm eigenen Energie und Hartnäckigkeit für die Interessen der Arbeiterchaft im allgemeinen und der Arbeitslosen im besonderen auftritt.

Die „Národní Listy“ folgern aus der obigen Brüxer Meldung, daß es keinen freieren Beleg gibt, wie wichtig es ist, ohne Verzögerung im Interesse des Staates und seiner

Finanzen, im Interesse aller Gegenden und Menschen, welche durch die Arbeitslosigkeit tatsächlich fühlbar getroffen sind, eine durchgehende Kontrolle der gesamten bisherigen Organisation bei der Verteilung der Arbeitslosenunterstützung durchzuführen. Wir stellen fest, daß sich gegen diese Kontrolle niemand in der Republik wehren wird. Wenn die „Národní Listy“ den Anschein erwecken wollen, als ob sich das Ministerium für soziale Fürsorge gegen eine solche Kontrolle wehren würde, ist dies eine infame Lüge. Nicht nur, daß das Ministerium nicht gegen eine Kontrolle ist, der Fürsorgeminister hat sie in einer Rede im Budgetausschuß ausdrücklich gewürdigt. Wogegen man sich in sozialistischen Kreisen wehrt, ist, daß die Gendarmen gerufen werden und auf den Gemeindeämtern in den betreffenden Verzeichnissen herumtreiben. Das Ende dieser Tätigkeit ist dann, daß eine Reihe von anspruchsberechtigten Menschen um die Karten gebracht werden.

Ohne daß man die Menschen hört, ohne daß der Arbeiter die Möglichkeit hat, sich zu äußern, auf Grund des Diktates eines Gendarmen soll ihm das letzte Stück Brot genommen werden.

Wo geschieht das noch in einem Staate der Welt, daß der Gendarm selbstherrlich, ohne jemanden zu fragen, ohne sich um die Gemeinde oder das Fürsorgeministerium zu kümmern, dem Arbeitslosen das letzte Stückchen Essen wegnimmt. Nein, zu solchen Zuständen werden wir unsere Zustimmung niemals geben!

Die „Národní Listy“ erflehen sich von „einem zynischen Angriff auf die Staatskassa“ zu reden, der von Seiten der Arbeiterschaft verübt wird. Sie reden von „der schwarzensten Tat“, die in den gegenwärtigen Zeitläuften möglich ist, von „einem Verbrechen an jenen Staatsbürgern, welche in der heutigen Krise mit aller Selbstverleugnung ihre Pflichten den Bedürfnissen des Staates gegenüber und den Bedürfnissen der Not und des Hungers der Mitbürger erfüllen.“ Es ist eine bodenlose Niedertracht, wenn ein bürgerliches Blatt es wagt so zu schreiben, wie dies das Blatt der tschechischen Finanzbourgeoisie tut. Wie können die „Národní Listy“ behaupten, daß die Schichten, für die sie sprechen, ihre Pflichten gegenüber dem Staate getan haben,

jene Bevölkerungskreise, die dem Staate fünf Milliarden Kronen Steuern schuldig sind, die eineinhalb Milliarden Umsatzsteuer nicht gezahlt haben und welche damit verantwortlich sind für die Lage der Staatsfinanzen und für den Zusammenbruch der Finanzen der Selbstverwaltungskörper.

Wie kann eine Bourgeoisie, die ihr Geld im Auslande anlegt und so nationalen Hochverrat treibt, die keinen Heller für die Arbeitslosen hergeben will, wie ihr Verhalten gegenüber dem Notfonds zeigte, sich so aufs hohe Ross setzen und patriotische Predigten halten? In allen Ländern, wo eine Arbeitslosenunterstützung besteht, tragen die Industriellen etwas zu diesen Lasten bei. Bei uns aber überlassen sie den finanziellen Aufwand für die Arbeitslosenunterstützung den Arbeitern und dem Staat.

In dem armen Oesterreich zahlen die Unternehmer zu den Kosten der Arbeitslosenunterstützung jährlich 60 Millionen Schilling (300 Millionen Kronen), während die tschechoslowakischen Fabrikanten nicht einen Heller zahlen und auch heute für den Notfonds nichts geben wollen!

Zum Schluß gehen die „Národní Listy“ zu einem persönlichen Angriff auf den Minister Dr. Czech über, sie stellen die Nachricht

der „Libová Noviny“ als eine „niederschmetternde Beschuldigung des Ressortministers“ hin, als „eine Beschuldigung von solchem Umfange, daß dies seinen Fall herbeiführen muß. Die große Öffentlichkeit ist mit Recht neugierig, welche Folgerungen Minister Doktor Czech aus dem Brüxer Vorfalle ziehen wird, weil gar kein Zweifel darüber ist, daß es vor allem er ist, der die Verantwortung für alle Mißbräuche trägt und weil es seine Pflicht gewesen ist, sich gleich vom Anbeginn um die wirksamsten Maßregeln zu kümmern, die alles unmöglich machen würden, was, wie dies in Brüx der Fall gewesen ist, ein Angriff auf den Staat und auf die Interessen gerade jener Bedürftigsten ist, die er hätte schützen sollen. Wir wiederholen, daß die Öffentlichkeit eindringlich nach sofortiger Einführung einer allseitigen Kontrolle und nach einer sofortigen Revision des gesamten bisherigen Regimes des Ressorts des Dr. Czech bei der Verteilung von Arbeitslosenunterstützungen in der ganzen Republik ruft!“

Diese Unverfrorenheit des Blattes des Herrn Dr. Šodas, des Sekretärs des tschechoslowakischen Industriellenverbandes, in dessen Nähe der Verfasser des Artikels zu suchen ist (die Erzählungen aus der sozialpolitischen Dmista weisen darauf hin) müssen wir mit aller Energie zurückweisen.

Welche Konsequenzen ein sozialdemokratischer Minister aus einem Geschehnis zieht, läßt er sich zu allererst vom Industriellenverband aufklären.

Genosse Dr. Czech hat gar keinen Grund, jene Konsequenzen aus dem Brüxer Vorfalle abzuleiten, die die tschechische Bourgeoisie gern sehen möchte. Er verwalte sein Amt ordentlich und gewissenhaft und er kann sich, was seine Arbeitskraft und seinen Eifer betrifft, durchaus mit jenem Herren messen, der den „Károdni Listy“ nahesteht und der beispielsweise nicht den notwendigen Eifer entwickelt hat, damit die Handelsvertragsverhandlungen mit Ungarn zu einem guten Ende kommen. Die „Károdni Listy“ und die hinter ihnen stehende Bourgeoisie würden es sehr gerne sehen, wenn der Sozialdemokrat aus dem Fürsorgeministerium verschwinden würde und sie hätten den Minister nur deswegen, weil er als Fürsorgeminister seine Pflicht getan und für das sich in schwerster Bedrängnis befindliche Proletariat in der Tschechoslowakei mit Erfolge arbeitet.

Wenn aber die „Károdni Listy“ und der „Venkov“, von dem wir gleich sprechen werden, nach einer durchgreifenden Kontrolle des Ministeriums für soziale Fürsorge rufen, dann sind wir dabei.

wenn diese durchgreifende Kontrolle alle Ministerien trifft.

Wir sind dafür, daß die Vergabe der Lieferungen des Ministeriums für nationale Verteidigung geprüft werde; daß man nachprüfe, welche Getreidepreise dieses Ministerium den agrarischen Genossenschaften zahlt; daß man nachprüfe, wenn der Landwirtschaftsminister Subventionen gewährt, daß man im Bodenamt Ordnung mache und daß dieses Amt der wirksamen Kontrolle des Parlamentes unterstellt werde; daß man die Subventionen kon-

trolliere, die das Handelsministerium gewährt und daß der Herr Handelsminister endlich über seine Fürsorgeaktion Rechnung lege und dem Parlament berichte, was er mit den bezüglichen sieben Millionen gemacht hat.

Nun zu den Ausführungen des „Venkov“, der sich ja nicht zum ersten Male mit dem Fürsorgeminister und seinem Amte befaßt. Vor allem erfährt man aus dem Blatte der Partei des Herrn Ministerpräsidenten, das sich jedenfalls vorher informiert hat, daß tatsächlich der Ministerpräsident, was wir bisher nicht geglaubt haben, die Weisung gegeben hat, daß die Bezirksämter durch ihre Organe eine Kontrolle durchzuführen anfangen und ermitteln sollen, wo die Unterstützungsaktion mißbraucht und die Unterstützung Unberechtigten ausgezahlt wurde.“ Wir halten das für

einen unerhörten Uebergriff des Ministerpräsidenten

und die Herren Agrarier könnten sich einmal — können sie noch ruhig denken, wenn sie sich mit Dr. Czech befassen — überlegen, wohin das führt, wenn der Ministerpräsident hintertäuscht in die Ressortangelegenheiten irgend eines Ministers eingreift. Es könnte ja auch geschehen, daß einmal ein Sozialist Ministerpräsident werden wird! Würden da die Herren Agrarier ohne weiteres zusehen, wenn ein sozialdemokratischer Ministerpräsident in das Ressort eines agrarischen Ministers eingreifen wird? Führt man da nicht vollkommene Anarchie in die Verwaltung ein, wenn der Ministerpräsident selbständig Verfügungen für ein Ressort trifft, wobei er den verantwortlichen Minister nicht einmal verständigt? Wir würden nicht Sozialdemokraten sein, wenn wir uns ein solches Vorgehen gefallen ließen! Es muß auch endlich einmal mit dem dummen Argument der Agrarier abgerechnet werden, daß die sozialistischen Parteien durch die Zuteilung der Lebensmittelkarten und der Arbeitslosenunterstützung Parteigitation treiben wollen. Die Herren scheinen die Verhältnisse in der Tschechoslowakei schlecht zu kennen, denn niemals kann der Arbeitslose mit der Unterstützung oder mit den Lebensmittelkarten vollkommen zufrieden gestellt werden.

Die Arbeitslosen wollen nicht Ernährungsarten, sie wollen Arbeit haben

und insofern sie diese nicht haben, ist es Pflicht des Staates und der Allgemeinheit für sie zu sorgen.

Zusam ist auch, daß die Herren Agrarier bei der Gelegenheit auch auf die nationale Trommel schlagen. „Man kann sich nicht der begründeten Meinung enthalten“, so schreibt der „Venkov“, „daß bei Auszahlung von Staatsgeldern aus dem Titel der Arbeitslosenunterstützung eine wichtige Rolle auch nationale Momente spielen.“ Damit suchen sie natürlich die ganze Aktion gegen die Arbeiter in den Kreisen der tschechischen Nationalisten populär zu machen. Das wird ihnen vielleicht bei der nationalistischen Bourgeoisie, nicht aber bei den tschechischen Arbeitern gelingen, denn die tschechischen und deutschen Arbeiter dieses Landes haben noch zu sehr

jene Erfahrungen aus dem alten Oesterreich im Kopfe, die uns lehren, daß man jede schlechte und arbeiterfeindliche Sache durch das Vorschüben nationaler Interessen zu verteidigen sucht.

Die Arbeiter der Tschechoslowakei haben schon längst erkannt, daß der Nationalismus nur ein Mittel der Bourgeoisie ist, die Arbeiter voneinander zu trennen und sie von der Vertretung ihrer Klasseninteressen abzuhalten. Daß die Arbeitslosigkeit im deutschen Gebiet verhältnismäßig größer ist, liegt darin, daß diese Gebiete stärker industrialisiert sind, also auch eine stärkere Industriebevölkerung haben. Das wissen schon die Mittelschüler, die Geographie lernen, es könnten dies also endlich einmal auch die Redakteure des „Venkov“ wissen. Wie sich übrigens der Venkov selbst ins Gesicht schlägt, dafür ist ein Zeichen, daß er gleich danach, wo er dem Minister für soziale Fürsorge vorwirft, er protegiere die deutschen Gebiete und insbesondere Brüx, von irgend einem Mißbrauch erzählt — allerdings in ganz unbestimmter Weise — der in Milovic bei Vissa an der Elbe, also einem ganz tschechischen Orte vorgekommen sein soll.

Geradezu grotesk muß es wirken, wenn der „Venkov“ am Schlusse seines Artikels den sozialistischen Parteien vorwirft, daß sie gegen den Ministerpräsidenten Drohungen ausstoßen, weil dieser den Erlaß an die Bezirksämter herausgegeben hat — grotesk deshalb, weil der „Venkov“ kaum einen Tag vorübergehen läßt, ohne Drohungen gegen den Fürsorgeminister zu bringen.

Die bürgerliche Presse, die Presse rücksichtsloser, erbarmungsloser Ausbeuter, hat wieder einmal bewiesen, daß sie jeden sozialen Gefühls vor ist. Furchtbare Not herrscht in unserem Industriegebiete und gerade derjenige Minister, der sich bemüht und dessen Ressortpflicht es ist, die Not der Menschen ein bißchen zu lindern, wird jeden Tag wütend angegriffen. Wir haben erst heute einen Bericht bekommen, wonach es im Mollnitzer Bezirk 586 Menschen gibt, die Anspruch auf die Lebensmittelkarten haben. Wenn man den Betrag, der für diesen Bezirk pro Mann angewendet wurde, berücksichtigt, so kommt man dazu, daß den anspruchsberechtigten Personen höchstens eine Lebensmittelkarte pro Woche gegeben werden kann. Aber auch das scheint den herzlosen Ausbeutern, mit denen wir es hier in der Tschechoslowakei zu tun haben, zu viel zu sein.

Die Sozialdemokratie wird sich durch die Angriffe, die gegen den Fürsorgeminister ununterbrochen gerichtet werden, nicht beirren lassen. Im Gegenteil! Wir sehen in diesen Angriffen nur den Beweis, daß wir den richtigen Weg gehen und daß Genosse Dr. Czech eben durch seine Energie und nimmermüde Beharrlichkeit, mit der er die Sache der Ärmsten unter den Armen führt, der richtige Mann am richtigen Platze ist.

Je mehr die Angriffe einer keine Grenze der Ausbeutung kennenden Bourgeoisie auf den Fürsorgeminister konzentriert werden, eine desto stärkeren Rückhalt wird er bei der tschechischen und deutschen Arbeiterschaft dieses Landes finden!

Vom Agrarismus zur Planwirtschaft.

Der unseren Lesern bereits bekannte agrarische Politiker Alfred Rohmanith, der sich von den meisten Vertretern bäuerlicher Interessen dadurch unterscheidet, daß er neue Wege in der Agrarpolitik beschreiten will, und ein Planwirtschaftler ist gibt nun eine „Arbeiter- und Bauern-Monatschrift für Planwirtschaft und Zusammenarbeit“, „ABC“ genannt heraus, die wohl auch vielen unserer Genossen in die Hände fallen wird. Es ist darum notwendig, auch in unserem Blatte etwas darüber zu sagen.

Rohmanith ist unteren Agrariern dadurch weit voraus, daß er an das Ende des Kapitalismus glaubt, da er der Meinung ist, eine planwirtschaftliche Ordnung werde das heutige kapitalistische Chaos lösen. Er ahnt auch, daß die Umwandlung unserer gegenwärtigen Gesellschaftsordnung in eine andere eine Machfrage ist und er betont in der ersten Nummer der von ihm herausgegebenen Zeitschrift, „daß wir auf evolutionärem Wege zu einer Neuordnung der Rechts- und Machtverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital gelangen müssen, weil das bisherige Verhältnis überholt, unzulänglich und so überaltert ist, daß es die menschliche Gesellschaft unabweisbar in einen Abgrund führen müßte.“ Die Rettung aus dem gegenwärtigen Chaos ist Planwirtschaft und auf dem Gebiete der Landwirtschaft und Industrie. In der Landwirtschaft müßte eine Regionalisierung der Produktion erfolgen, in der Industrie müssen die gleichen Branchen zu sich selbst verwandelnden Industrieringen vereinigt werden. Diese Industrieringe haben auch die Kosten der Arbeitslosenunterstützungen der in ihren Branchen arbeitslos Gewordenen zu tragen. Ferner schlägt Rohmanith ein Institut für Planwirtschaft vor, aus dem Anregungen zur planwirtschaftlichen Gestaltung der Produktion hervorgehen sollen.

Wie jeder Sozialist sieht, kommt Rohmanith tatsächlich vielen sozialistischen Forderungen nahe, allerdings darf nicht übersehen werden, was uns von Rohmanith trennt. So zieht er gegen die Arbeitslosenversicherung zu Felde und verlangt eine Versicherung oder besser gesagt: Sicherung der Arbeit. Das ist ja auch unsere Auffassung, daß die Arbeiter Arbeit bekommen sollen, aber in einer Zeit, wo es eben keine Arbeit gibt, müssen die Opfer der Krise unterstützt werden und es ist sehr gefährlich, wenn jemand die Notwendigkeit des Tages verkümmert und die Arbeitslosen auf eine ferne Zukunft verweist. Auch die Art, wie sich Rohmanith über die politischen Parteien äußert, muß unser Bestreben erregen. Die Behauptung, daß in den politischen Parteien keine Ideale mehr vorhanden sind, wird jeder Vertrauensmann unserer Partei, der nach gestandener Berufsarbeit aus reinem Idealismus noch für die Partei arbeitet, mit Entrüstung zurückweisen. Rohmanith übersteht eben, daß der Kampf um eine neue Gesellschaftsordnung ein organisierter Machtkampf ist und die Parteien die organisierte Macht der einzelnen Klassen der Gesellschaft darstellen.

Trotz dieser Einwände würden wir es begrüßen, wenn in den Reihen der Bauern Rohmaniths Gedankengänge Anerkennung und Beachtung fänden und das Zusammengehen von Arbeitern und Bauern gegen den Kapitalismus, wie es Rohmanith herbeiseht, zur Tat würde.

Jan Hus / Der letzte Tag

Ein geschichtlicher Roman v Oskar Wöhric

(Fortsetzung „Der Hühnerst“, S. 1. 2., Seite 23. 24.)

Süchlichkeit befruchtet verläßt der Komtur an der Spitze des stolzen Reiterzuges die Pfalz. „Besser allweil zum Schind, als zum Schmiedelein!“ denkt er. Diese halbe Stunde bei Sigmund hat ihm mindestens das Doppelte an Kosten und das Hundertfache an Zeit gekostet, als wenn er den Weg von unten auf durch den Schranzenwall gemacht hätte.

Seine sonst harten, abweisenden Blicke nehmen die Freundlichkeit und Verklärung eines Hertenbittigen an. Jetzt hat er's den „heidnischen, schweinitischen Hund“ gegeben! Rache für Lannenberg! Rache für alle die verzweifeltsten Treffen, in denen der Orden von der wölfischen Uebermacht zerrissen und zermehelt worden ist! Diese heidnischen, schweinitischen Hunde müssen sich daran gewöhnen: Es gibt noch andere Schlachtfelder, wo der Orden seinen Mann steht, nicht nur an den masurenischen Sümpfen und Seen! Es gibt Kämpfe, die das Hirn schlägt, nicht das Schwert, und vielleicht sind diese Kämpfe die wichtigsten.

Der Komtur lehrt sich im Sattel und lächelt. Die wanzig Ritter, die seine gute Laune sehen, lächeln mit.

Sigmund, vom Fenster aus ihr Abreiten betrachtend, lächelt genau so zufrieden, wie die Weichmünder mit dem dräuenden schwarzen Kreuz. Pflöglig bricht sein Lächeln ab. Er greift an die Leiste, in der er das kostbare Dokument verwahrt hat. Achttausend Schillinge! Und viel Geld; das will gebüht sein! Respekt vor der Leistungsfähigkeit des Ordens! Ohne Wimpern und achttausend Schillinge auf den Tisch des Dankes zu legen! Aber noch sind sie nicht sein. Es muß gearbeitet werden dafür. Von Natur

aus ist er bequem. Doch, wenn es etwas zu erreichen gilt, das seinem eigenen Vorteil dient, etwas auszuführen, was seine Plannungen stützt, ist er von einer nicht zu übertreffenden Rührigkeit. Das ist ein Reiz, der allen seinen politischen Handlungen zugrunde liegt, eine ungeheure Anspannung seines Willens, verbunden mit der letzten Freude, die Wirkung seiner Kniffe und Bißse anzuschauen, dieser fätschlichen, lüchlichen List, in der er seinen Zeitgenossen ein paar Rosenlängen voraus ist. Die Suche des Ordens zu führen, wird gar nicht schwierig sein. Er weiß schon jetzt, welchen Knochen er den Vätern hinhalten muß, um sie zum Zuschoppen zu bringen.

Ein Vermutstropfen fällt ihm in den Becher: Die Anweisung ist befristet. Er braucht das Geld aber sofort, spätestens morgen in aller Frühe. Die Reichs-Insignien sind aus der Konstanzer Pfandkommer zu lösen; denn ohne Szepter und Reichshöfel kann er der Versammlung nicht präsidieren. Doch die Vertretung der Anweisung ist heikel. Nur ein Jude kommt dafür in Betracht: ein Jude oder ein Ordensritter, alle andern sind für ein solches Geschäft zu datschig und datschig. Vielleicht kann ihm die Schuld einen vertrauenswürdigen Hebräer besorgen, na, es gibt sich ja Gelegenheit, nachher beim Bankett, mit Herrn Johann von Schwarzopf darüber zu reden. Wie kann er die Sache auf die unversänglichste Weise beim Bürgermeister anbringen? Sigmund tritt aus dem Fenster zurück und legt sich wieder an den Tisch. Nachdenklich stützt er den Kopf in die Hand. Hundert Einträge kommen, aber kein brauchbarer Gedanke.

Unvermerkt döst Sigmund ein. Dieser fünfte Juli ist für ihn allzu anstrengend gewesen. Hundert Gräben waren zu nehmen, darunter der gefährliche Böhmengraben. Hundert Fuhrgelände waren zu vermeiden, hundert glänzende maskierte Fallgruben, hundert Schlingen

waren zu legen, hundert Angelhaken mit lebendem Köder zu werfen. Hundert Rehe waren auszuhängen, hundert wirksame Keimruten, Hundert Scheue Vögel waren zu loden, Hundert und aber Hundert Fäden geschmeidigsten diplomatischen Garnes waren zu drehen. Dann der persönliche Stunk, der allerhand Nerven frist, der Krach mit Barbara. Sigmund spürt das ankriechende Alter. Siebenundvierzig Jahre sind eben keine fünfundsanzig mehr. Sein summendes, durcheinanderquirlendes Hirn hat eine kurze Ruhepause wirklich verdient.

Aber es kommt nicht zur Ruhe. Es rast dahin wie ein durchgehendes Pferd. Es verarbeitete die Geschehnisse des Tages zu wilden, galoppierenden Bildern.

Der König träumt. Qualvolles träumt er. Froh brennt, die vielen Türme flackern wie podene Fackeln. Ein ungeheurer Reich ist ungefügt. Blut schießt aus ihm, wie aus dem kaffenden Hals eines Enkaupteten. Die ganze Moldau dampft davon, die Nase mag den rauchigen Nebel gar nicht mehr atmen. Scharen von wasserschwingenden Böhmen rennen gegen ihn an. Jeder schreit: Hus! Hus! Von irgendwo ein Stoß, der ihn in eine unendliche Tiefe stößt. Als er zu sich kommt von dem höllischen Sturz, ist er wieder in Haft in jenem furchtbaren Hungerturm. Durst sitzt ihm wie eine Hellschwärze im Halse. Er kratzt sich in die Fugen der Quadern, vor Verzweiflung leckt er die feuchten Steine ab, bis ihm die Junge blutet. Er sieht wieder die Augen der alten Frau auf sich gerichtet, der er zwei Söhne gestolet. Diese guten, prüfenden Mutteraugen, vor denen er das Spiel seines Lebens spielt! Einfaß: seine Freiheit, Triumph, er gewinnt! Er sitzt an einem weißgedeckten Tisch: er ist wieder Brot, er trinkt wieder Wein, er spürt wieder Sonne, er hört wieder Wind, er sieht wieder Tiere und Menschen! Er weiß nicht mehr, was Hunger und Durst und Verlassenheit ist.

Er kennt nicht mehr den Quälergriß der schlaflosen Nacht. Er frist sich wieder durch die Welt, wie eine Schabe durch die Wolle. Eine Königschabe, habal! Wo er sich durchfrist, bleiben Löcher. Hat er nicht Mügel? Doch, er hat Flügel, so viele er will! Wieder ist die Böhmeneinlage da. Diesmal trifft ihn der Stoß nicht, er fliegt ihm davon. Er kehrt zurück, jetzt ist es an der Spitze der Lanze. Jetzt kann er sich die Rühnheit erlauben; denn sie ist ihm ungefährlich geworden. Sein Bruder Wenzel grinst ihn an, dummt, idiatisch, hinterhältig, so eckt brüderlich! Nein, daß er diesem Stück Vieh die römische Krone genommen hat, darüber braucht er sich wirklich keine Vorwürfe zu machen. Höchstens darüber, daß er ihm — verdammt die zitternde Hand — doch nicht das weiße Pulver in den Wein gab! Böhmen könnte heute sein sein. Da, die rauchenden Schmelzöfen, aus denen in peisendem Strahl das flüssige Silber in die Barrenform fährt! Wieder ist die justobende Lanze da! Wieder brennt Prag. Wieder dampft die Moldau von Blut, das der ungeheuerliche umgestürzte Reich über sie ausschüttet. Wieder treiben die Leiden wie Hölzholz. Wieder rennen die Scharen aufgerissenen Wundes an: Hus! Hus! Diesmal sind es nicht die Böhmen allein, die schreiend anrennen, diesmal rennen die Wärrer mit, die Polen rennen, die Preußen rennen, die Litauer. Zahlreicher als Ameisenbölker rennen sie gegen ihn an, ein Wald voller Lanzen. Dieser verdammte Einlage vorn an der Spitze. Der schwarze Lederlappen, der ihm die halbe Stirne verdeckt, flattert wie ein Wimpel. Schwarzes Wimpel, wer führt denn das? He, Kamsler, he, Kopsif, das Wappenduch? Schlag nach, wer in der Ritterschaft das schwarze Wimpel führt! Oh, es, jetzt bringt dieser Ungar statt des Wappenduches eine Justoflanze! Nicht einmal mehr bei den eigenen Leuten ist man sicher! Einen Schild! Einen Schild! Er kann doch nicht ewig rennen!

(Fortsetzung folgt.)

Das neue Bankengesetz.

Von einem Bankangestellten.

(Schluß.)

Die Bestimmung des Art. XXVII, § 17a, Abs. 4 und 5, des Entwurfes, welche die Anzahl der zulässigen Verwaltungsrats- und Aufsichtsratsstellen mit zehn fixiert, ist schon deswegen ungenügend, weil sie nur jene Verwaltungsräte trifft, die einen Dienstvertrag haben, so daß mit dieser Bestimmung im allgemeinen etwa zehn Prozent der Verwaltungsräte erfasst wird, die naturgemäß, um die fetten Prämien nicht zu verlieren, lieber auf einen Dienstvertrag verzichten und sich jeweils von der Generalversammlung eine besondere Entlohnung für besondere Dienste genehmigen lassen werden. Dies wird ja um so leichter sein, als das Gesetz kein Verbot enthält, zum Zwecke der Majorisierung der Aktionäre die Depot- und Eigenaktien bzw. von anderen Instituten geliehenen Aktien zu verwenden. Im übrigen ist das Recht der Minorität auf Vertretung im Aufsichtsrat dadurch illusorisch gemacht, als der Entwurf im Art. XXII, § 11, Abs. 4, bestimmt, daß die Minorität, wenn sie auf eine Vertretung im Aufsichtsrat Anspruch erhebt, ihre Aktien für die Dauer dieses Mandates in einem einseitigen Depot bei der Bank zu binden hat, während eine solche Bestimmung die Majorität in keiner Weise trifft, obwohl sie dort viel eher am Platze wäre, um Mißbräuche mit den anvertrauten Aktien zu Majorisierungszwecken zu erschweren.

Eine weitere große Schwäche des Entwurfes liegt unserer Ansicht nach darin, daß das Moment der Publizität gänzlich außer Acht gelassen wird. Die Veröffentlichung der Quartalsbilanzen in der bisherigen Form ist ungenügend, weil diese Art der Bilanzzusammenstellungen niemandem einen Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse des Institutes gibt. Zumindest eine Detaillierung der Ausgabequellen der Bank, der Personal- und Sachregie mit Angabe der Anzahl der Personen einzelner Gruppen und ihrer Gesamtbezüge wäre notwendig. Damit sind wir aber auch bei einer wichtigen Frage der internen Kontrolle der Bank angelangt. Der Aufsichtsrat hat nur die Pflicht und die Möglichkeit, die Geschäfte der Bank zu überprüfen und die Verträge der leitenden Beamten zu genehmigen. Auf das Ausgabeetat der Bank hat er keinen Einfluß und die so beliebigen Extramunerationen einzelner gut angeführer Chargen, die hohen Reisepensen der oberen Herren usw. werden weiter blühen.

Ausgesprochen gefährlich scheint die Bestimmung des Art. XXXIII, § 33, die nur dazu angeht, die Publizität vollkommen abzuschneiden und die Minorität in den Banken mit dem Mantel der Rächtslosigkeit zu bedecken. Was immer unrichtiges oder auch ungeheures in einem Geldinstitut geschieht, so hat es seiner Natur nach geheim zu bleiben und jede Aufdeckung solcher Tatsachen (eventuell auch nach erfolgloser Anzeige an die Behörden) kann als schädigend für das betroffene Institut angesehen und daher streng bestraft werden. Nicht einmal der Grund der Vertretung berechtigter Interessen sichert Straffreiheit, sondern nur die Wahrung eigener Interessen. Wenn somit ein Beamtenvertreter in einer Versammlung Mißstände einer Bank aufzeigt, könnte er belangt werden, weil er nicht eigene Interessen, sondern nur diejenigen seiner Kollegen vertritt. Es möchte alles daran gesetzt werden, um diesen Mißbrauchsparagraphen zu Fall zu bringen.

Als ungenügend ist auch die Lösung der Frage der Inkompatibilität anzusehen und es wäre noch anzustreben, daß diese Bestimmung eine entsprechende Fassung noch während der Parlamentsverhandlungen erhält.

Ebenso ungenügend ist der Art. 53, der die Schaffung einer Beratungsförperschaft des Geldwesens nur aus Vertretern der Geldinstitute unter Umgehung aller übrigen Faktoren, so auch der Angestellten vorseht. Ein solcher Beratungsförperschaft wird keinesfalls in der Lage sein, die ihm gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Nun wollen wir uns jenen Bestimmungen zuwenden, die für uns Angestellte günstiger sind und einen unzulänglichen Fortschritt gegenüber dem jetzigen Zustande bedeuten.

Es ist dies vor allem die Frage der Pensionsfonds in den Banken, bei welchen die Bankdirektoren jede Ingerenz der Angestelltenvertreter bisher strikte abgelehnt haben. Der Art. 48 des Entwurfes, der diese Materie behandelt, hat eine sehr große und grundsätzliche Bedeutung für uns, da er die Verwaltung der Angestellten an allen Fonds, welcher Art und Struktur immer, sichert, sofern diese Fonds Unterstützungszwecken der Angestellten dienen. Es ist nur zu bedauern, daß es bislang nicht gelungen ist, die Geldinstitute im Gesetzeswege dazu zu verpflichten, die bisher angefallenen Gelder solcher Fonds sofort, zumindest jedoch im Laufe einer genau vorausbestimmten Zeit von den sonstigen Mitteln der Bank vollkommen zu separieren. Wie immer es sei, hier handelt es sich um einen sehr wichtigen Durchbruch in die bisherigen Weisheiten und es wird nicht zuletzt von den Angestellten selbst abhängen, wie diese Gesetzesbestimmung mit frischem Leben gefüllt wird.

Ein weiterer, wenn auch schwächerer Durchbruch des bisherigen Zustandes liegt in dem Artikel 49 des Entwurfes, der die Regierung ermächtigt, durch Verordnung die Gültigkeit des Betriebsausführungsgesetzes auf die Geldinstitute, allerdings unter Berücksichtigung ihrer Eigenart, ausdehnen zu Gerate. Die Vorlesungen des Jahres 1931 haben bewiesen, daß die häufigen

Anfragen der Bankangestellten nur zu richtig waren und daß sie mit Recht eine gewisse Mitentscheidung in Personalfragen verlangen. Daß es nicht gelungen ist, die Betriebsräte in den Banken sofort durchzusetzen, zeigt wiederum, daß die Kapitalisten nur das Konzedieren, was sie einfach nicht mehr erbolten können. Für uns Bankangestellte bleibt die Forderung aufrecht, nicht nur das Betriebsausführungsgesetz auf die Banken auszudehnen, sondern es auch gründlich und den Bedürfnissen der Angestellten und Arbeiter entsprechend zu novellieren. Immerhin wird noch im Parlament der Versuch zu machen sein, den Artikel 49 wesentlich zugunsten der Bankangestellten zu verbessern.

Aus den Nachrichten in den Zeitungen, insbesondere im „Prager Tagblatt“, war zu ersehen, daß der ursprüngliche Entwurf die Absicht hatte, die subalternen Angestellten der wachsenden und

amtierten Banken in einen Topf mit den verantwortlichen Funktionären zu werfen und sie um alle Rechte zu bringen. Der gemeinsame Topf wäre gewiß in diesem einen Falle den leitenden Herren und ihren Beschützern recht und billig gewesen, weil sie dann die Möglichkeit gehabt hätten, alle Nachteile der schlechten Wirtschaft auf die Schultern der Subalternangestellten abzuwälzen. Daß eine solche Bestimmung im Gesetze nicht enthalten ist, ist ein Verdienst der Minister Dr. Czech und Dr. Meißner, denen die Bankangestellten hierfür gewiß dankbar sein können. Wer gehen gewiß auch nicht fehl in der Annahme, daß wir es nur ihnen zu verdanken haben, daß die Frage der Pensionsfonds und Betriebsausführung, wenn auch nicht in einer uns vollkommen befriedigenden, so doch grundsätzlich ungenügend wichtigen Weise einer Teillösung zugeführt wurde.

Große japanische Truppennachschübe.

Sturm gegen die Wusung-Forts unter großen Verlusten abgewiesen.

Schanghai, 15. Febr. Die japanische Artillerie setzte heute früh das Bombardement auf Tschapei fort. Mehrere Granaten explodierten dicht bei einem Blockhaus an der Grenze der internationalen Konzession, das von englischen Freiwilligen besetzt war. Die Besatzung mußte das Blockhaus vorübergehend räumen.

Am Sonntag haben die Japaner starke Streitkräfte mit Kanon, Haubitzen, leichten und schweren Geschützen und Kavallerie gelandet und ließen sie in die internationale Niederlassung einrücken. Aus maßgebenden japanischen Mitteilungen geht hervor, daß von den Transportschiffen, die Samstag abends eingetroffen sind, 12.000 Mann auf chinesischem Boden gelandet wurden.

Von amtlicher japanischer Seite verlautet, daß augenblicklich keine japanischen Truppen jenseits der Wusungbrücke stehen, wo die Chinesen weiterhin die Stellung halten.

Es wird erklärt, daß nur eine japanische Erkundungsabteilung über die Brücke hinaus entsandt worden sei, was aber nicht mit den Berichten über die stattgefundenen Kämpfe und die erlittenen Verluste übereinstimmen scheint. Die Japaner gaben ihre Verluste im Laufe der in der letzten Nacht stattgefundenen Kämpfe mit 37 Mann an. Es wird gemeldet, daß neue japanische Transportschiffe südwärts fahren und weitere 10.000 Mann landen werden.

Privaten Meldungen zufolge sind Samstag 1500 Japaner zum Sturm gegen die Wusung-Forts eingesetzt worden, doch kehrten nur 300 zurück. Die anderen sind entweder tot oder bei Landungsversuchen ertrunken.

Die agrarische Ueberhebllichkeit.

Zurückweisung durch tschechische Zeitungspreste.

In ihrer letzten Wochenbetrachtung untersuchen „Lidové Noviny“ den Kern des letzten agrarischen Antrages auf eine innerpolitische Absträngung und bemerken zu den Ausführungen, die die agrarische Presse einleitend dazu machte, u. a.:

Die Darlegungen kann man kurz so zusammenfassen: Die bekannten letzten Forderungen der Agrarpartei, die als ihr Maximalprogramm angesehen wurden, sind nur ein Minimum, über welches nicht debattiert werden darf; die Forderungen der Gegner sind dagegen „unrealistische Diktanden“ und müssen aufgegeben werden. Die Aufforderung zu einem vernünftigen Uebereinkommen in einem richtig geschilderten, äußerst ernstem Augenblick ist also eine Aufforderung zur Kapitulation der Sozialisten. Der grüne Tisch, zu welchem die Agrarier die Sozialisten einladen, ist ein agrarisch-grüner Tisch. Wir haben allen Grund zu befürchten, daß das keine Aussicht hat, das nicht die Rede ist, die geeignet wäre, im anderen Lager eine Umkehr herbeizuführen, wenn man dort auch fühlt, wie sich die Dinge immer gefährlicher zuspitzen.

Die Republikaner begründen ihre Unnachgiebigkeit mit dem Hinweis auf die verzeifelte Lage der Landwirtschaft. Die Bauern werden unter den heutigen Verhältnissen nur schwer die nächste Ernte erleben, heißt es in der Argumentation des (agrarischen) Artikels, „sie würden einfach zusammenbrechen, wenn auch dieses und das nächste Jahr so wie das letzte sein sollten.“ Wir wollen an diesem traurigen Augenblick in die Zukunft nicht Zweifel säen; wir wären nur froh, wenn sich an ihn ein Blick nicht in die Zukunft, sondern in die Gegenwart anschließen würde. Der Blick der 580.000 Menschen ohne Arbeit zeigt eine Armee von mehr als einer halben Million, die nicht zu befürchten hat, daß ihre Unternehmungen in den nächsten Jahren zugrundegehen werden, sondern die jetzt schon mit Bran und Aind am Bettelstab sind. Und auch mit dieser Ziffer ist der wahre Stand noch nicht gezeigt.

Nach einer Schilderung der Arbeitslosigkeit und der ungenügenden Mittel, die zu ihrer Linderung vorhanden sind, antworten „L. N.“ auf die agrarischen Drohungsversuche mit Neuwahlen:

Die Agrarier erzählen, daß sie lieber die Entscheidung des Volkes anrufen werden. Wenn wir in diesem Augenblick unter uns fast eine Million Menschen haben, welche entweder ganz oder fast Hunger leiden können, so ist die Politik leicht vorstellbar, welche Antwort ihnen diese Massen im Wahlkampf geben würden.

Der japanische Admiral Komura erklärte, daß die japanischen Verluste bei dem Angriff auf Hongkew und Tschapei zumindest 80 Tote und 450 Verwundete betragen.

Die Konsuln der Mächte in Schanghai haben neuerdings gegen die Landung japanischer Truppen und dagegen, daß diese die internationale Konzessionszone als Operationsbasis benützen, Einspruch erhoben.

Die chinesische Regierung bereitet sich fieberhaft für den Kampf auf Leben und Tod vor und kauft große Mengen von Munition aller Art, insbesondere in Amerika auf.

Tokio, 15. Febr. (Reuter.) Der Kriegsminister deutete Journalisten gegenüber die Möglichkeit an, daß Japan, wenn die 19. chinesische Armee auch weiter so hartnäckigen Widerstand leisten sollte, sich zur Entsendung neuer Verstärkungen nach Schanghai veranlaßt sehen könnte.

Der Außenminister hat die Botschaft Amerikas und Frankreichs für heute nachmittag ins Außenministerium eingeladen, um ihnen, wie man glaubt, die Gründe für die Truppentransporte nach Schanghai auseinandersetzen zu lassen.

Kriegsanleihe im Verordnungswege

Laut einer kaiserlichen Verordnung wurde die Emission von Staats-Bons in der Gesamthöhe von 34 Millionen Yen bewilligt. Das Erträgnis der Emission wird zur Deckung der Auslagen verwendet werden, die infolge der Operationen in Schanghai aufgelaufen sind.

Im Golde der Bourgeoisie.

Kommunisten als Gerichtszengen gegen Sozialdemokraten.

Im Danziger Hafen setzten die Unternehmer im September 1931 den Hafenarbeitern die Löhne von 10.10 auf 8.6 Gulden herab. Infolgedessen brach ein Streik aus und wurde die Schlichtungskommission angerufen. Die Vertreter der freien Gewerkschaften setzten es dort durch, daß die Löhne der Hafenarbeiter nicht nur nicht herabgesetzt, sondern auf 10.50 Gulden erhöht wurden, ein Erfolg, der unter den gegebenen Verhältnissen wirklich anerkanntswert war. In diesem Augenblicke begannen die Kommunisten mit einer wüsten Verratsbege gegen die Vertreter der freien Gewerkschaften und erklärten, den Streik bis „zum endgültigen Siege der kommunistischen Forderungen“ weiterzuführen zu wollen. Die sozialdemokratischen Organisationen wiesen ihre Mitglieder nicht an, die Arbeit aufzunehmen und gewährten während der ganzen Dauer des Streiks ihren Mitgliedern Unterstützung. Der Streik ging, wie alle bisherigen Aktionen der Kommunisten, auf der ganzen Linie verloren.

Nun traten die Unternehmer mit Schaden-erfordernissen hervor und verlangten im Gerichtsweg von den koalitierten sozialdemokratischen Verbänden Ersatz für ihre Verluste während des Streiks. Und es geschah das kaum Glaubliche, daß sich den Unternehmern als Zeugen die Kommunisten anboten, welche sich bereit erklärten zu bestätigen, daß der Streik von den koalitierten Verbänden hervorgerufen wurde, welche auch während seiner ganzen Dauer ihren Mitgliedern Streikunterstützungen auszahlten, während die Kommunisten dies nicht taten.

Die Politik der Kommunisten wird eben einzig und allein unter dem Gesichtspunkte des Kampfes gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften geführt. In dem Bestreben, diesen zu schaden, ist den Kommunisten kein Mittel, auch der nachste Klassenverrat, zu schlecht.

Die tschechische Sozialdemokratie für ein Inkompatibilitätsgesetz. Wie das „Pravo Lidu“ meldet, wird die tschechische Sozialdemokratie im Abgeordnetenausschuß einen Antrag einbringen, wonach das Mandat eines Abgeordneten oder Senators unvereinbar ist mit der Stellung eines Verwaltungsrates in einer Aktiengesellschaft.

Die Unterstützungsaktion für arbeitslose Heimarbeiter.

Weitere Anmeldungen noch möglich.

Mit Rücksicht auf die ungenauen Berichte der Tagespresse bezüglich der Verteilung der Hilfsaktion für arbeitslose in der gewerblichen Heimarbeit beschäftigte selbständige Personen aus dem Kreise von zwei Millionen auf die Sprengel der einzelnen Bezirksbehörden in Böhmen, bemerkt das Ministerium für soziale Fürsorge, daß die Verteilung dieser Aktion auf die einzelnen Bezirke auf Grund von Erhebungen und Berichten erfolgte, die seitens aller Bezirksbehörden und Gewerbeinspektorate erstattet wurden, und daß in diese Aktion sämtliche Bezirke einbezogen wurden, in welchen mindestens zehn arbeitslose in der gewerblichen Heimarbeit tätige selbständige Personen festgestellt wurden.

Da die Unterstützungen aus dem erwähnten Kreise noch nicht angezählt wurden, kann die Aktion auch auf Sprengel anderer Bezirksbehörden ausgedehnt werden, falls aus diesen Sprengeln begründete Gesuche der in der Heimarbeit beschäftigten Personen einlangen.

Eine Kiefernlandgebung der tschech Arbeiterchaft.

Für Sonntag, den 14. Febr. hatte die sozialdemokratische Partei die Arbeiterchaft des tschech Bezirkes zu einer großen Kundgebung aufgerufen, um Protest zu erheben gegen die reaktionären Anschläge, die darauf hinauslaufen, die vom Ministerium für soziale Fürsorge eingeleitete Unterstützung der Krisenopfer zu verschleiern. Die Kundgebung verlief in vollkommener Ruhe und Ordnung. Nahezu 4000 Menschen nahmen an der Demonstration teil, um für die Forderungen der Arbeiterklasse zu demonstrieren. Während des großen Aufmarsches waren Polizei und Gendarmerie unsichtbar. Die Ordnung wurde von den Ordnern ohne Naglos aufrechterhalten. Die Kommunisten, die glaubten, bei der Gelegenheit wieder ihr Süppchen lutschen zu können, hatten ihre Anhänger ebenfalls zur Teilnahme aufgefordert. Ganze hundert Mann folgten im Schutze der Ordnern dem Aufmarsche der Tausende. Der Aufmarsch, noch mehr aber die kommunistische Separation haben gezeigt, daß die Arbeiterchaft des tschech Bezirkes von den Kapetischen nichts mehr wissen will.

Schon wieder eine Salbe.

Wälscherweise in die Luft.

Ungvar, 15. Febr. (C. P. B.) Samstag nachmittags verhaftete die Gendarmrie in der Gemeinde Rizni Berek im Bezirk Szolava acht dortige kommunistische Führer unter dem Vorwande, ein Attentat gegen den republikanischen Abgeordneten Basil S c e r e c k y verübt zu haben. Die Verhafteten wurden dem Bezirksgericht in Rizni Berek eingeliefert. Sonntag vormittags rottete sich vor dem Gefängnisgebäude eine Menschenmenge zusammen, welche die Entlassung der Verhafteten verlangte. Die Gendarmrie mußte, verstärkt durch Finanzwache, einschreiten. Da sie von der Menge bedroht wurde, gab sie eine Salbe in die Luft ab, worauf sie unter Anwendung des Gummistockes die Demonstranten ausemdertrieb. Verletzt wurde niemand.

Für Donau-Präferenzen.

Budapest, 13. Febr. Die von der ungarischen Paneuropäischen Union einberufene Wirtschaftskonferenz der Nachfolgestaaten endete heute mit der Annahme eines Beschlusses, in welchem u. a. festgestellt wird, daß die Wirtschaftskrise nur durch ein für ganz Europa geltendes einheitliches Wirtschaftssystem bekämpft werden kann. Dies sei vor allem in der Region der in Budapest versammelt gevesenen Staaten zu verwirklichen. Zwischen diesen Staaten seien gegenseitige Präferenzverträge abzuschließen; ihre Regierungen werden aufgefordert, die diesbezüglichen Studien in Angriff zu nehmen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit sei auch auf die Valutapolitik und die Verkehrspolitik auszudehnen. Auf dem Gebiete der Industriepolitik sei eine Zusammenarbeit der Industriekonzerne, auf dem Gebiete der Agrarpolitik ein Zusammenschluß der Agrarstaaten anzustreben. Die nächste Konferenz findet in Bukarest statt.

Buresch sucht eine Zweidrittelmehrheit.

Wien, 15. Febr. Morgen tritt das Plenum des Nationalrates zusammen, um die erste Lesung der Novelle über die Verlängerung der handelspolitischen und der auf die Währung bezüglichen Ermächtigungsgesetze vorzunehmen. Diese Gesetze bedürfen zu ihrer Annahme einer Zweidrittelmehrheit, die sich Bundeskanzler Dr. Buresch erst wird verschaffen müssen. Die Großdeutschen und der Heimatsklub kündigen dem Kanzler bereits jetzt scharfe Opposition an. Die Sozialdemokraten wieder janktimieren die Ermächtigungsvorlagen mit dem russischen Handelsvertrag sowie mit einer Milderung der Devisenbestimmungen. Die Wirtschaftslage ist um so heftiger, als sich am Vorabend der Nationalratssitzung starke Strömungen gegen Dr. Buresch im christlichsozialen Parlamentsklub geltend machen. Wiederum ist es der rechte Flügel der Christlichsozialen, welcher aus der schwierigen Lage Dr. Bureschs Nutzen ziehen will, um weitere Änderungen in der Regierung, insbesondere im Amte des Bundeskanzlers zu erzwingen.

Tagesneuigkeiten

Notstandsarbeiten, die nicht durchgeführt werden können.

Den Gemeinden fehlen die nötigen Kommunalzuschüsse.

Aus Karlsbad wird uns berichtet:

Troßlose wirtschaftliche Verhältnisse herrschen gegenwärtig im Bezirke Pöschau, der seinerzeit aus dem Karlsbader Bezirk ausgeschieden wurde. Die Arbeitslosigkeit hat in den letzten Monaten im Gebiete dieses an sich armen Bezirkes bedeutend zugenommen, aber die Durchführung verschiedener Notstandsarbeiten in den einzelnen Gemeinden ist trotz der Zuwendungen des Ministeriums für soziale Fürsorge nicht möglich, weil es den Gemeinden, die nur eine geringe Steuergrundlage aufweisen, völlig unmöglich ist, die zu den Notstandsaktionen erforderlichen kommunalen Zuschüsse aufzubringen. Lediglich die Gemeinden Pöschau, Utawa, Tiefendach, Troßau und Schönthal waren in der Lage, durch solche Zuschüsse die teilweise Durchführung von Notstandsarbeiten zu ermöglichen. Aus der Karlsbader Arbeiterfürsorge sind die Arbeitslosen des Pöschauer Bezirkes seit der Abtrennung vom Karlsbader Bezirk ausgeschlossen, so daß auch im kommenden Frühjahr die Erwerbslosigkeit in diesem Notstandsbezirk nur insoweit gemindert werden wird, als ein Teil der arbeitslosen Leute in der Landwirtschaft Beschäftigung findet. Zeitweilig, d. h. bei Tauwetter, werden die Rekonstruktionsarbeiten der Staatsstraße von Pöschau bis Grün-Unterhammer fortgesetzt, bei welchen ein Teil der Arbeitslosen aus der näheren Umgebung der Arbeitsstätte Beschäftigung findet. Verschiedene vom Bezirke Pöschau zur Verringerung der gegenwärtigen Notlage bisher unternommene Schritte sind so gut wie erfolglos geblieben.

Ein Wohnhaus in die Luft gesprengt, um sich an der geschiedenen Gattin zu rächen.

Göteborg, 15. Februar. Durch einen Dynamitanschlag wurde heute nacht in Göteborg ein Wohngebäude in die Luft gesprengt, in welchem mehrere Familien wohnten. Ein 53jähriger Bauarbeiter hatte beschlossen, an seiner von ihm geschiedenen Frau Rache zu üben. Kurz vor halb 3 Uhr warf er ein Paket mit Dynamit durch ein Fenster in ein Zimmer des Hauses, in dem seine Frau wohnte. Eine gewaltige Explosion erfolgte, durch die der größte Teil des Hauses zerstört wurde. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich sehr schwierig. Aus den Trümmern wurden drei Tote und sechs zum Teil schwer verletzt Personen geborgen. Den Täter fand man heute vormittag in einem Walde in der Nähe der Stadt tot auf. Er hatte Selbstmord begangen.

Wieder Eisenbahnattentat bei Marseille

Paris, 15. Februar. Der D-Zug Ventimiglia — Paris ist gestern abend unweit Marseille infolge eines Attentats entgleist. Einige Reisende wurden leicht verletzt. Die Untersuchung hat ergeben, daß der Zug in die Luft gesprengt werden sollte. Als der Zug die Unfallstelle passierte, ist ein Sprengstoffkörper explodiert. Verschiedene Augenzeugen wollen gesehen haben, daß vor dem Unfall zwei verdächtige Personen sich an der Eisenbahnstrecke zu schaffen machten.

Das Attentat wird von der Untersuchungsbehörde in Zusammenhang gebracht mit dem Anschlag, der am 9. Februar auf den Zug verfuhr wurde. Man vermutet, daß auch gestern wieder dieselben Täter am Werke waren, die damals den Zugführer überfallen wollten, um sich der von ihm verwalteten mehrere tausend Franken enthaltenden Kasse zu bemächtigen.

Man kann wirklich von Glück sprechen, daß sich keine große Katastrophe ereignete. Es wurden bloß drei Reisende durchwegs leicht und der Kopf des Speisewagens erster Verletzt. Vier Waggons sind vollkommen zertrümmert. Einer von ihnen stürzte den 15 Meter hohen Damm hinab. Die Untersuchung wird hauptsächlich in antisemitischen Kreisen geführt.

Die zerstückelte Frauenleiche im Koffer. Gräßliches Ende eines vertrauensvollen Dienstmädchens.

Wien, 15. Februar. Sonntag abends wurde im Franz-Josef-Bahnhof in Wien ein Paket gefunden, worin die Polizei die beiden Teile einer weiblichen Leiche fand. Heute vormittags entdeckte man in Amstetten in einem Wagon des Wiener Bundes in einem zurückgelassenen Koffer den dazu gehörigen Rumpf.

Die Sicherheitsbehörden haben festgestellt, daß die Ermordete die 35jährige Köchin Anna Kubert aus Reumarkt bei Wien (Westböhmen) ist, die seit dem 11. Februar aus ihrem Quartier im 9. Bezirk verschwunden ist. Die Kubert hatte eine Bekanntschaft mit einem Manne, der sich Franz Leitner nannte, das Deutsche mit einem tschechischen Akzent sprach und früher Telegraphenarbeiter gewesen sein soll. Die Ermordete hatte seinerzeit erzählt, daß der angebliche Leitner mit ihr ein Geschäft laufen wolle. Tatsächlich hat sie am 11. d. aus ihrem Sparfahndbuch etwa 4700 Schilling abgehoben. Nach ihrem Verschwinden traf am 13. an die Quartiergebetin eine von der Kubert geschriebene Postkarte ein, in der sie mitteilte, daß sie mit ihrem Verehrer nach Ungarn fahren werde. Redensfalls ist sie von diesem Verehrer ermordet und ihrer beträchtlichen Barschaft beraubt worden.

Sieben Eskimodörfer durch eine Sturmflut vernichtet.

Rome (Alaska), 15. Februar. Erst jetzt wird bekannt, daß kurz vor Weihnachten sieben Eskimodörfer auf der Nelson-Inselgruppe im Behringmeer durch Sturmfluten völlig vernichtet wurden. Bei dieser Katastrophe dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach keiner ihrer Einwohner mit dem Leben davongekommen sein. Walfischjäger, die die Nachricht hierher brachten, berichten, sie hätten zahlreiche Leichen von Eis umschlossen gefunden. Die Sturmflut habe übrigens die ganze Inselwelt zwischen der Kuskoowim-Bucht und Kap Romangof heimgesucht.

Italien friert.

Mailand, 14. Februar. In den Abruzzen liegt Schnee siebenzig Zentimeter hoch. In Triest fielen drei Personen, in Terni eine Person dem Erdrückungstod zum Opfer. In Benedia sind auf den Lagunen mehrere Schiffe eingestürzt, so daß ihnen ein Eisbrecher zu Hilfe kommen mußte. Die Temperatur sank hier auf minus 7. Aus Biede di Cadore werden —26, aus Misurina —24 Grad gemeldet. Padua meldet —15, Vinezza liegt bei —11 Grad im tiefen Schnee.

Im Irzinn die Frau erstochen.

Brünn, 15. Februar. Heute nachmittags tötete der 48jährige ehemalige Heizer Johann Tschner in Brünn-Ischnowitz seine 45jährige Frau Hildegard durch drei Messerstiche in den Kopf, worauf er sich der Polizei stellte. Die Tschner wird als ordentliche Frau geschildert und die Eheleute lebten in geordneten Verhältnissen. Es wurde festgestellt, daß Tschner die Tat in einem Anfall von Irzinn begangen hat. Schon im Jahr 1930 wurde er, als er einen Prümer Advokaten mit einem Beil bedrohte, für eine Zeit in eine Irrenanstalt eingeliefert. Er wurde aber damals gegen einen von seiner Frau unterschriebenen Revers bald entlassen.

Explosion in den Obeler Naphthagruben.

Preßburg, 15. Februar. In den staatlichen Naphthogruben in Obel in der Westslowakei ereignete sich heute zeitig früh eine Explosion, wobei zwei Arbeiter, und zwar der 35jährige Karl Kozensik und der 60jährige J. John, schwere Brandwunden erlitten. Die beiden Verletzten wurden in das staatliche Krankenhaus nach Preßburg gebracht, wo Kozensik noch vormittags seinen Verletzungen erlag. Der Zustand des zweiten Arbeiters ist ernst.

Die Soldatenselbstmorde. In Laska er schloß sich aus seinem Dienstgehehr der Korporal Franz Meyner vom 5. Kavallerieregiment. Als Ursache des Selbstmordes wird unglückliche Liebe angegeben. Meyners Geliebte versuchte, sich durch Gift das Leben zu nehmen, wurde aber rechtzeitig ins Krankenhaus gebracht und am Leben erhalten.

Einbruchsdiebstahl in eine Konsumvereinsfiliale. In die Konsumvereinsfiliale in der Bahnhofstraße in Kaaden wurde, wie uns berichtet wird, ein Einbruch verübt, bei welchem den Tätern etwa zweitausend Kronen Bargeld und verschiedene Wäschestücke in die Hände fielen.

Blut am Reichsbanner und Falkenkreuz. Die Pundapressstelle des Reichsbanners in Berlin teilt mit, daß nach einer öffentlichen Kundgebung des Reichsbanners, die Samstag in Bisdorf bei Conshard (Kreis Kreuzburg) stattfand, der Redner, Gaujsekretär Rusiol und der Landarbeitersekretär Osbrich, der die Versammlung geleitet hatte, von etwa hundert Nationalsozialisten und Stahlmetern überfallen worden seien. Gaujsekretär Rusiol habe in der Notwehr nach der Pistole gegriffen und drei Angreifer, darunter einen Stahlhelmführer, niedergeschossen. Nachdem er jedoch die in der Pistole vorhandenen Schüsse abgefeuert hatte, sei er niedergeschlagen und mit Steinen und Knüppeln schwer verletzt worden. Auch Osbrich habe erhebliche Verletzungen erlitten. Rusiol, der bewußtlos war, wurde von alarmierten Landjägern ins Consharder Krankenhaus gebracht.

Tod auf den Schienen. Unweit der Eisenbahnstation von Prešov wurde auf den Schienen liegend die 35jährige Tochter eines Kaufmannes aus Prešov, Selene Willman, schwer verletzt aufgefunden. Noch bevor man ihr ärztliche Hilfe angeheißer lassen konnte, starb die Unglückliche. Es ist nicht bekannt, ob es sich um einen Unglücksfall oder um einen Selbstmord handelt.

Der Nord im Eisenbahnabteil. In Koczemet begann gestern der mit riesigen Interesse erwartete Sensationsprozess gegen den Mann, der seinerzeit den Weinhändler Rudolf Steinhertz in einem Eisenbahnabteil mit einem Hammer erschlagen hatte. Fischl — so heißt der Täter — erklärt, der Weinhändler habe ihn zur Tat gedrungen und ihm dafür eine große Belohnung versprochen. Er habe dann aus den Zeitungen erfahren, daß Steinhertz einen Versicherungsbetrag begehren wollte. Den größten Teil des heutigen Vormittags füllte das Verhör Fischls aus, der schilderte, wie ihm Steinhertz die Instruktionen zur Ausführung der schrecklichen Tat gab. Er habe Steinhertz mit dem Hammer die Schläge eingeschlagen, und da kein Blut floß, wolle er bereits das Kupfer ver-laffen, als Steinhertz den Kopf hob und ihm mit

der Hand bedeutete, nochmals zuzuschlagen. Er habe völlig mechanisch gehandelt und erst später in den Zeitungen gelesen, daß er neun Hiebe geführt hätte. Das Gericht steht auf dem Standpunkt, daß Fischl alles, was er vorbringt, frei erfunden habe. Das Urteil ist für heute abend zu erwarten.

22 Arbeiter im Betrieb gasvergiftet. In der Metallwarenfabrik Wilmann in Rürnberg explodierte gestern vormittag ein zu einem Emailierofen führendes Rohr. Durch die ausströmenden Gase wurde die gesamte Belegschaft in der Stärke von 22 Mann vergiftet und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Die Erkrankungen sollen größtenteils leichter Natur sein.

Ein Falckenkreuzer von einem Kommunisten erschossen. Angehörige der NSDAP, die Samstag früh in den Straßen Hamburgs Flugblätter verteilt hatten, wurden kurz nach 10 Uhr von Kommunisten beschossen. Dabei wurde ein Nationalsozialist durch einen Kopfschuß getötet und ein anderer durch einen Streifschuß leicht verletzt. Die Täter sind entkommen.

Die Tragödie von Mahrling. Anläßlich des Todes des 73jährigen ehemaligen Oberjägers des Kronprinzen Rudolf, Johann Loschek, bringen die Wiener Montagsblätter Unterredungen mit seinem Sohne dem Bürgermeister von Kleinwolkersdorf in Niederösterreich, demzufolge die von seinem Vater über das Kronprinzen-Drama protokolliert aufgeführten Einzelheiten in dem Trefor des Bürgermeistersamtes von Kleinwolkersdorf aufbewahrt sind.

Veränderung eines Wollenträgers? Wegen die Besitzer des 53 Stockwerke hohen Lincoln-Gebäudes in New York wurde von den Inhabern einer Hypothek in Höhe von 16 Millionen Dollar ein Pfändungsbesehl erwirkt. Die Besitzer des Wollenträgers schulden einen Zinsbetrag von einer halben Million Dollar.

Gold aus der Donau? Ungarische Geologen haben eingesehen, das Bett der Donau aus Goldgehalt untersucht. Es wurde festgestellt, daß jeder Kubikmeter des Donaubedens ungefähr ein halbes Gramm Gold enthält. Man hat errechnet, daß es möglich sein müßte, 20 Millionen Pengo Gold aus dem Flußbett herauszubaggern. Allerdings dürfte es schwer sein, das zur Durchführung dieser Arbeiten notwendige Kapital von einer Million Pengo in Ungarn selbst aufzutreiben. Finanzgruppen in London, New York und Boston sollen sich für die Gewinnung des Donaugoldes interessieren.

Staroperation Macdonalds gelungen. Ministerpräsident Macdonald hat Montag das Sanatorium verlassen und begab sich in die Wohnung eines Augenarztes, der sein Auge untersuchte. Wie mitgeteilt wird, hat die von Macdonald durchgeführte Staroperation ein befriedigendes Ergebnis gezeigt. Der Premierminister wird aber noch drei Wochen in voller Ruhe seine Rekonvaleszenz verbringen müssen.

Lawinenforschung. Professor Wilh. Paulde von der Karlshuter Technischen Hochschule hat am Eiger-Gletscher (Berne Oberland) und bei Horngründe im Schwarzwald Naturlaboratorien für Schnee- und Lawinenforschung eingerichtet. Paulde ließ durch ein besonderes Versuchsverfahren große „Schneemächten“ von 5 bis 20 Tonnen Schneelawinen zum Absturz bringen und ihre Eintrittsgeschwindigkeit und Bewegungsart beobachten. An aufgestellten Puppenmodellen wurde dann die Verformung von Menschen kontrolliert, um die verschiedenen Wirkungen der Lawinenarten festzustellen. Außerdem ergaben mikroskopische Schneountersuchungen die Existenz des sehr lockeren und daher lawinengefährlichen „Schwimmenschnees“, einer bisher übersehenen Schneart.

Ein Rekordschneewerfer. Der englische Pioniermajor Jack Savage konstruierte einen Schneewerfer, der das stärkste Licht der Welt ausstrahlt. Die Leuchtkraft wird mit drei Millionen Kerzenlichter bemessen. Der Lichtstrahl des Schneewerfers kann bis in eine Höhe von 5 Kilometern gesendet werden. Im Falle feindlicher Flugangriffe soll vor den Schneewerfer eine Art Bitter angebracht werden, wodurch es möglich ist, ein in 16 kleine Vierecke aufteilbares Quadrat aus Firmament zu werfen. Wenn ein Flugzeug diese so bezeichnete Fläche erreicht hat, können seine Höhe, Geschwindigkeit und Flugrichtung bestimmt werden.

Zerstörter Buddhistentempel. Der Kwangschin-Tempel, einer der ältesten und schönsten Tempel von Peking, wurde durch Feuer vollständig zerstört. Die Feuersbrunst, die durch das Herunterfallen eines brennenden Wehraufhanges verursacht wurde, brach am 28. Tage einer 49tägigen Gebetsandacht aus, durch die das Heiligtum gegen Naturkatastrophen geschützt werden sollte. Wertvolle Handschriften und kostbare Kunstwerke wurden ein Raub der Flammen.

Ein Nationalsozialist beschimpft die Arbeitslosen. Wie die „Münchener Post“, Nr. 7 vom 11. Jänner 1932, berichtet, hat der Nationalsozialist Sturm in einer Versammlung in München die Arbeitsdienstpflicht mit folgenden Argumenten verteidigt: „Die Arbeitslosenunterstützung von 12 bis 15 Mark, die heute von den Arbeitslosen bezogen werde, sei ein Unbiling; die Arbeitslosen würden faul, faul und feig!“

Der unerforschte Amisweg. Aus Lobositz wird uns berichtet: Eine originale Ueberrückung erlebte der Müller Franz Kraus in Weiß-Adersdorf dieser Tage anläßlich der Aufstellung eines amtlichen Schriftstückes. Kraus hatte vor mehr als Jahresfrist bei der zuständigen Behörde um einen Gewerbeschein zur Ausübung der Brotbackerei angefragt; auf seine mehrmalige

Vom Randfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen. Mittwoch. Prag: 11: Schallplatten. 15:30: Sieder. 17:10: Marionettentheater. 18:35: Deutsche Sendung. Deizer: Kind und Bühne. 19:05: Blasmusik. 20: Philharmonisches Konzert. — Wien: 15:30: Sieder. 18:35: Deutsche Sendung. Dr. Waller: Die häusliche Pögnie der berufstätigen Frau. 19:05: Blasmusik. — Berlin: 21:30: Sinfoniekonzert. — Mühlacker: 21: Länderquerschnitt Oesterreich. — Rüggen: 21:40: Unterhaltungskonzert. — Wien: 12:40: Huber-mann. 19:40: Sieder und Arion. 21:30: Blasmusik.

Urgenzen wurde ihm jetzt endlich die Bewilligung zur Ausübung des Fleischer- und Selchergewerbes zugestimmt. Der Gesuchswerber ist jetzt im Hofeisel, ob er Brot allein oder nur mit Butter belegt verschleifen darf. . . .

Im Keller ersticht. Wie uns aus Gabling berichtet wird, wurde das Dienstmädchen Ella Hubner in Reinowitz im Keller des Hauses Nr. 118 ersticht aufgefunden. Die Erhebungen ergaben, daß die Hubner mit glühenden Kohlen, die sie auf ein offenes Blech gelegt hatte, die eingefrorene Wasserleitung im Keller hatte auftauen wollen. Wahrscheinlich wurde das Mädchen durch die Gasentwicklung der Kohle betäubt und ist dann, da niemand den Keller betrat, ersticht.

Waga von seinem Beiflug zurück. Der Schut-fabrikant Thomas Waga ist Sonntag um 15 Uhr 30 auf dem Flugplatz von Droschditz gelandet und wurde um 16 Uhr auf dem Rathaus in Zlin festlich empfangen.

Autofahrt auf dem Riesengebirgsstamm? Lei in Hirschberg erscheinende „Bote aus dem Riesengebirge“ berichtet, daß die Hirschberger Talbahngesellschaft einen Trolleybus-Verkehr auf dem Stamm des Riesengebirges auf dem Abschnitt Himmelreich — Spindlerpfah einzuführen will. In der Nähe des Spindlerpfahes soll ein deutsches Hotel errichtet werden. Ferner wird daran gedacht, eine Straße zu bauen, welche den Automobilen die Fahrt auf den Stamm des Riesengebirges von Hain aus ermöglichen würde. Die erforderliche Lizenz für den Trolleybus-Verkehr soll die betreffende Gesellschaft bereits beschafft haben.

Die deutsche Hauptstelle für Wohnungs- und Erziehungsfürsorge in der Tschechoslowakischen Republik macht aufmerksam, daß die Bestimmungen des Bundeserziehungsgesetzes vom 10. April 1929, Zg. 45, über staatliche Fürsorge und einen 2,5prozentigen jährlichen staatlichen Beitrag durch das Gesetz vom 21. November 1930, Zg. 166, für Bauten mit Kleinstwohnungen bzw. Kleinstwohnungen verlängert wurden, die bis 31. Dezember 1932 begonnen werden. Nähere Auskünfte erteilt bereitwillig die Beratungsstelle für Wohnungs- und Erziehungswesen (Rechtsabteilung Prag IV., Ra Vaček 288, technische Abteilung Prag II., Niegrova nah. 18), welche auch die Begutachtung oder Beschaffung von Bauplänen, die Überprüfung von Subventionengesuchen sowie deren Einreichung und Betriebsumübernahme.

62 Prozent Analphabeten! Nach einer amerikanischen Statistik können 62 Prozent der auf dem Erdball lebenden über zehn Jahre alten Menschen weder lesen noch schreiben. In 18 Ländern sollen mehr als die Hälfte der Bewohner Analphabeten sein.

„Affen“-Theater. Als besondere Attraktion kündigte kürzlich ein Pariser Zirkus an, daß er Tugende von Affen als „Hagamsweiberinnen“ dressieren wolle. In den Kreisen der Pariser Hagamsweiberinnen herrscht bestige Empörung über diese eigenartige Methode, die Arbeitslosigkeit zu vergrößern.

1900 Jahre Kerker in vier Monaten!

Russosin politische Justiz. Im zweiten Halbjahr 1931 — meldet der „Säditroler“ — hat das faschistische Sondergericht mit der größten Intensität gearbeitet. Die Prozesse fanden in einem Zeitraum von ungefähr vier Monaten statt und sowohl an der Zahl der Urteile, wie auch an der Zahl der aufgelegten Gefängnisjahre ist schon zu erleben, welche hohes Tempo die Tätigkeit des Gerichtes eingeschlagen hat.

Nachfolgend ein Bild der Prozesse und der Urteile: Prozesse 39; Angeklagte 274; Freigesprochene 65; Verurteilte 209; verhängte Strafen 855 Jahre, 9 Monate, 4 Tage.

Es ist interessant, aus dem Gesamtbild der Prozesse die folgenden Angaben über die Verteilung der Verurteilten nach Provinzen herauszugreifen:

Auf der anderen Seite haben vor den ordentlichen Gerichten und den Schwurgerichten folgende politische Prozesse stattgefunden: Prozesse 12 (davon 4 Rassistprozesse); Angeklagte 335; Freigesprochene 117; Verurteilte 218; ausgesprochene Strafen 1034 Jahre und 16 Tage. Die sogenannten syllianischen Rassistprozesse sind natürlich die bedeutendsten und brachten für sich allein: 212 Angeklagte; 76 Freigesprochene; 136 Verurteilte mit 894 Gefängnisjahren.

Zusammen genommen zeigen das Sondergericht und die ordentlichen Gerichte die folgende wahrhaft eindrucksvolle Bilanz: Prozesse 51; Angeklagte 609; Freigesprochene 182; Verurteilte 427; verhängte Strafen 1899 Jahre, 9 Monate und 20 Tage.

Es ist überflüssig zu erinern, daß die Freisprüche eine gewisse Ironie im faschistischen Regime sind. Tatsächlich werden die „Freigesprochenen“ fast sämtlich nach den Verbannungsinseln verschifft.

Berlin — das Dorado der Tiere.

Wenn Hunde sprechen könnten, oder wenn wir die Sprache der Katzen verstünden und würden sie fragen, wo es wohl am schönsten in der Welt ist, dann würden sie ohne Zweifel einstimmig Berlin nennen. Eine trodene Aufzählung von Tatsachen wird das sogleich näher darlegen.

Für die Tiere, für jene Hunde und Katzen, die eine feste Heimat haben, für deren Futter gesorgt und deren Steuer pünktlich bezahlt wird, braucht natürlich die Dessenlichkeit nicht zu sorgen. Solche



Der erste Gerichtsjochverständige für Tierärztliche in Berlin tätig ist.

Tiere haben es in der ganzen Welt, nicht nur in Berlin, gut. Aber Berlin ist unter anderem eine Stadt, wo

alltäglich etwa ein halbes Hundert herrenloser Hunde aufgefressen

werden und ein paar Dutzend vagabundierender Katzen dazu. Einem Hund, der kein Heim hat, geht es wie einem Landstreicher, der obdachlos ist. Für solche Tiere gibt es in Berlin über ein Dutzend Tierasyle. In diesen Asylen, die zum Teil mit städtischen, zum anderen Teil mit privaten Mitteln unterhalten werden, bekommt ein herrenloser Hund für eine gewisse Zeit Unterkunft und Pflege. Man erkennt hier eine gewisse Rücksicht gegen Tiere an. Jedes aufgefressene Tier bekommt eine Nummer und wird nach einer bestimmten Zeit, wenn sich der Besitzer nicht meldet, öffentlich versteigert. Die dabei eingehenden Gelder werden dazu verwendet, das Asyl zu finanzieren, um neuen Annehmlichkeiten Unterkunft und Fressen geben zu können.

Auch ein großes Katzenheim gibt es in Landsitz, das besonders im Winter stark frequentiert wird. Während der kalten Tage sind fortwährend ein Dutzend und mehr Angestellte des Tierchutzvereins auf den Strophen und fahrenden nach herumirrenden Katzen.

Seit kurzer Zeit besitzt Berlin ein

Tierkrematorium.

das sich ebenfalls in Landsitz befindet. In diesem Krematorium werden die Tiere wie in einem richtigen großen Krematorium verbrannt, und wenn sein Besitzer das eingekerkerte Tier sehr geliebt hat, dann kann er dessen Asche in einer kleinen Urne aufheben.

Der Berliner

Hundefriedhof

In Stahnsdorf ist ziemlich neuen Datums, nachdem der alte, der sich im Innern der Stadt befand, aufgegeben werden mußte. Es befinden sich schon über tausend Hundegräber auf ihm mit zum Teil sehr merkwürdigen Aufschriften. Dort beweint eine alte Dame ihren an Herzverletzung verstorbenen Kops, an einer anderen Stelle wird ein junger Schäferhund beklagt, der in seinem jugendlichen Hebezeit einen großen Omnibus angriff. Die Gräber werden gegen eine geringe Pflanzgebühr in Ordnung gehalten und nach den Sonderwünschen des Grabbesizers gepflegt. Man sieht sehr viele Blumen und viele haben sogar ein lebensgroßes Standbild ihres verstorbenen Lieblings aufstellen lassen (!). Eine groteske Übertreibung der Tierliebe!

Es gibt in Berlin beinahe vierhundert Vereine, die sich mit Tierpflege und Tierzucht beschäftigen. Fast jede Klasse wird von einem besonderen Verein betreut. Allein mit Katzenzucht beschäftigen sich 31 Vereine. Die Tierhändler und gewerbmäßigen Katzenzüchter sind hierbei gar nicht mitgezählt. Jedes Jahr finden große Ausstellungen statt. Daneben veranstaltet fast jeder Verein jährlich einen Wettbewerb und prämiert das schönste Tier. Jeder dritte oder vierte Berliner Hund hat an seinem Halsband außer der Sandmarke so eine Bronzemarke, die die Dessenlichkeit darauf hinweist, daß es sich um ein ungewöhnliches Exemplar seiner Klasse handelt.

Die Tierkliniken des Berliner Tierchutzvereins stehen jedem unentgeltlich zur Verfügung

Im Vorjahre wurden nicht weniger als elftausend Tiere behandelt!

Jeder noch so kleine und arme Berliner bringt seinen Hund zum Arzt, wenn ihm etwas fehlt.

In Berlin gibt es auch eine

Unvollstöße für verunglückte Hunde.

Sie befindet sich in der Alexanderstraße und hat Tag- und Nachtbetrieb. Ein telephonischer Apparat genügt und der Sanitätswagen rast los. Tag und die mutige Tat eines Hundes belohnt wird, hat Berlin unlängst bewiesen, als es einem Hunde öffentlich die Rettungsmedaille verlieh. Die

13 Jahre Hausgefängnis.

Der Lebensweg einer Frau. / Ein „Kulturbild“ aus England.

Vor dem Gericht „Kings Bench-Division“ in London wurde ein Fräulein Smith, Mitarbeiterin an verschiedenen Missionsgesellschaften, wegen 13jähriger Freiheitsberaubung, verbunden mit Straftat und Zurückweisung eines menschenunwürdigen Aufenthaltsraumes“ dazu verurteilt, ihrer früheren Hausangestellten, die ihr Opfer war, eine Entschädigungssumme zu zahlen. Die Verhandlung vor dem Londoner Gericht lieferte erschütternde Beweise für den Mißbrauch eines jungen Mädchens durch eine sogenannte „Wohltäterin, die nach außen hin besonders gern ihr „Christentum“ und ihre „Freundlichkeit“ betonte.

Die Bekanntschaft aus der Sonntagsschule.

Fräulein Smith aus Dal Laton opferte ihre ganze freie Zeit der Verbreitung ihrer religiösen Ideen, arbeitete an verschiedenen Missionsgesellschaften mit und organisierte die Sonntagsschulen in der Umgebung ihres Städtchens. Sie predigte sogar, und bei einer ihrer Predigten lernte sie ein armes zehnjähriges Mädchen kennen, dessen Vater schon lange tot war. Miß Smith schickte das Kind, es hieß Laura Turner, in eine Waisenanstalt nach Levisham. Im Jahre 1913 wurde Laura Turner, die damals siebzehn Jahre alt war, als Hausmädchen bei Miß Smith angestellt. Allerdings wollte die „wohltätige Dame“ keinen Lohn bezahlen, damit die Versicherungsbeträge eingespart würden.

Eines Tages wurde in dem vierstöckigen Hause, das von dem frommen Fräulein zusammen mit einer Freundin bewohnt wurde, ein größeres Geldstück vermisst. Miß Turner fand das Geld nach einer Stunde und wurde nun von den beiden alten Tanten des Diebstahls beschuldigt... Solche Szenen wiederholten sich, die Behandlung wurde immer unwürdiger. Schließlich versuchte das Mädchen fortzulaufen, wurde aber gegen seinen Willen in einem Auto wieder zurückgeholt.

Das Heim im Holzverschlag.

Miß Smith steckte das junge Mädchen zunächst in eine Dachstube und später in einen Holzverschlag, der am Hause angebaut war. In dem Schuppen lagen noch alte Mästen, Maschinen und Tapetenrollen. Als Schlafstelle kam ein verbrochenes, eisernes Bettgestell hinein, mit ein paar alten Brettern als Matratze und Lum-

vierbeinigen Bürger Berlins können zufrieden sein, zufriedener als manche zweibeinigen, die weder ein Dach über dem Kopf haben, noch so gut behandelt werden, wie Hunde und Katzen. Aber man soll sich einer verschrobeneren alten Dame, die ihrem Kopf ein Denkmal aus Marmor setzen läßt, einmal den Vorschlag machen, für das Geld einem frierenden Arbeitslosen Kleider zu kaufen — vergeltlich würde man hier auf Verständnis hoffen.

den Kleidern als Bettzeug. In diesem elenden Stall mußte das Mädchen über 13 Jahre „wohnen“. Aber nicht genug damit, wurde Laura Turner nach der täglichen Arbeit in dem Räume zwangsweise festgehalten. Das Fenster wurde verputzt und mit einem Stück Stoff zugewandt, damit die Gefangene nicht hinaussehen konnte. Im Winter wurde ihr weder Feuerung noch Licht zugelassen. So sah die Kernte in Kälte und Dunkelheit und versuchte sich ein Bild von der Außenwelt zu machen, die für sie eine vollkommene Fremde war. Niemand durfte Laura Turner mit jemandem sprechen, niemals durfte sie Besuch empfangen. Oft wurde sie mißhandelt, geschlagen und mit kaltem Wasser übergoßen.

Der vergebliche Brief.

Nach all diesen Martern — man hatte ihr auch noch das Fleisch vom Essen entzogen, so daß sie fast nur von trockenem Brot lebte — versuchte Miß Turner im September 1928, als ihre Herrin in Ferien war, einen Brief an die Polizei in Scotland Yard — das Londoner Polizeipräsidium — zu schreiben. Sie steckte ihn ohne Marke in einen Briefkasten, weil sie kein Geld hatte. Es kam auch eine Antwort zurück, aber sie wurde ihr niemals ausgehändigt. Indes bekam Laura Turner als Strafe einen Monat lang das Tageslicht entzogen. Als man sie außerdem noch mit der Auslieferung an eine Irrenanstalt bedrohte, unterschrieb sie einen Zettel, in dem sie wünschte, weiter bei Miß Smith zu bleiben. Erst als die Geheimgänge dann einen nervösen Zusammenbruch erlitt, kam sie in ein Krankenhaus und konnte danach bei anderen Leuten eine menschenwürdige Stellung finden.

Miß Turner ist jetzt 36 Jahre alt. Nachdem sie ihre frühere „Beschützerin“ verklagt hat, kamen alle die oben geschilderten, kaum glaublichen Zustände zur Sprache. Vom Juli 1916 bis November 1929, also über 13 Jahre, war Miß Turner die Sklavin einer von allen Seiten wohl beleumundeten, in christlicher „Wohltätigkeit“ arbeitenden Herrin. Vor Gericht bezeugte sich nunmehr Miß Smith, die Falschheit ihrer Erziehungsmethoden einzugehen und willigte ein, der in ihrem weiteren Lebenslauf schwer behinderten Frau eine Entschädigungssumme für alles erlittene Ungemach zu zahlen.

Agf. Hoheit und der Floh.

Eine Anekdote von Adolf Kold.

Es ist bekannt, daß die Flöhe aussterben, oder in unseren Breiten bereits ausgestorben sind. Der pulley irritans, den Götze sogar literaturfähig gemacht hat, ist dahingerafft durch irgendeine Krankheit, und nicht einmal die Hunde haben mehr Flöhe. Ob da auch die Sonnenflecken daran schuld sind, wie an der großen Peste und anderen unangenehmen Dingen, wird wohl nie einwandfrei festgestellt werden können.

Der Kriminalroman-Fabrikant.

Besuch bei einem Kriminalroman-Schreiber.

Manchmal, wenn man einen Kriminalroman verschlingt, hält man mitten in dem den Finger als Buchzeichen, und wundert sich, woher der Autor diese atemlose Phantasie und alle diese tolleren Einfälle wohl her hat. Dann meint man, er müsse wohl selbst so eine Ausgeburt Unmensens sein oder zumindest unter Verbrechern leben, dabei der Intimus des Polizeichefs sein. Spion, Abenteurer, galanter Liebhaber, Fälschmünzer, Giftbräuer und alles zugleich. Und man würde jeden erschlagen, der da behauptet, der Verfasser sähe mit Hippantoffeln und einer Pfeife im Munde vor seiner kleinen Schreibmaschine und tippe das alles nur so hin.

Wie entsteht so ein Kriminalroman? Mein Freund, der Kriminalroman-Schreiber, hat mir einmal seine kleine Fabrik gezeigt.

Da ist zuerst ein dicker Schrank mit tausend Hähern. In diesen Hähern ruht sorgsam geordnet eine Flut von Zeitungsausschnitten, jahrzehntelang gesammelt. Jeder defassierte Beruf, jedes nur erdenkliche Verbrechen hat sein besonderes Fach. Da ist ein Stroh schon angegeblicher Zeitungen; die gesamten Raubmorde der letzten zwanzig Jahre. Da ist ein Gefäß, das alle Giftmorde und alle Giftmordprozesse bewahrt. In anderen Hähern sind Nachrichten von Fälschspielern, Fälschmünzern, von Raffadeltierern, Heiratsschwindlern; von den Ringneppern bis zu den Raubmördern hat jeder Verbrecherberuf, jedes Verbrechen sein Gefäß.

In einem anderen Schrank ruhen Prozeßberichte, in einem dritten ist eine kriminalistische Bibliothek untergebracht und in einem vierten sind Atlanten, Städtepläne, Städtebilder, Bäderprospekte, Kursbücher, Reiseführer.

Das alles ist das Handwerkszeug. Und die Geburt eines neuen Werkes? Der göttliche Funke? Die Idee?

Er war ja wohl manchmal recht unangenehm, wenn man zum Beispiel im Theater saß und sich nicht tragen konnte, ohne aufzufallen, aber jetzt, nachdem er tot ist, darf man es ja sagen: er hatte auch seine Meriten. Für Blätter war er fast so geeignet wie die Schwiegermutter, der Leutnant, oder der Pöbel, und manche hübsche kleine Geschichte hat den munteren, leichtfüßigen Gesellen zum Helden gehabt. Unsere Nachfahren werden ihn nur noch aus Abbildungen kennen lernen, und Flohstische, wie wir sie einst bewundert haben, werden sie nie zu sehen bekommen.

Das ist zumeist der Herr Verleger. Wenn so ein neues Werk entstehen soll, dann haben Autor und Verleger erst einmal eine Konferenz.

Der Verleger sagt beispielsweise: „Hören Sie, mein Lieber, das Publikum hat sich in den letzten zwei Jahren wieder einmal vollständig umgestellt. Es will Gentlemanverbrechen haben. Hochstapeleien, Münzfälschungen, Wechselbeträgerieen ein gros. Ueberhaupt großartig muß alles sein. Sie können auch Einbrüche bringen, aber dann muß mindestens ein ganzes Warenhaus ausgeräumt werden. Es kann, wie gesagt, auch Wechselbetrug sein. Aber dann muß es sich mindestens um eine Goldmillion handeln. Vielleicht ein Einbruch in die Goldresore der Reichsbank. So etwas zieht.“

Der Autor nickt mit dem Kopf, macht sich ausgiebige Notizen und fragt:

„Und wie ist es mit dem Kapitalverbrechen?“

„Gifte, mein Lieber, feilsame und neuartige Gifte. Damit bin ich einverstanden.“

„Milieu?“

„Milieu mindestens sehr elegant. Wie gesagt: große Hochstapler. Gelegentlich ein paar kleine Verbindungen zur Unterwelt natürlich, primitive Verbrechertwelt der Vorstadt.“

„Und wo soll die Sache spielen?“

„Bunt, bunt. Berlin, Paris, Ausland, Bäder, Lido, Venedig. Wo Sie wollen. Sie waren doch letzten Sommer in Dalmatien. Das läßt sich doch mitverwerten.“

„Uebliche Länge?“

„Nicht allzu lang. Nennlich gedrängt, knapp, kurz. Etwa einhundertachtzig bis zweihundert Seiten. Uebrigens möglichst bald natürlich. Und Ihre Beteiligung, wollte ich Ihnen noch sagen.“

Am Abend setzt sich der Kriminalroman-Schreiber vor seine großen Gedächtnisschränke und sucht. Er holt die Mappe „Gentlemanverbrecher“, sucht unter H. nach Hochstapeleien, unter W. nach Münzfälschungen, unter B. nach Wechselbetrü-

proprios Flohstiche — darf ich Ihnen eine lustige kleine Geschichte von einem Flohstich und einer Prinzessin erzählen? Eine Geschichte, die buchstäblich wahr ist?

Alles das war in München, in dem München vor dem Krieg. Draußen auf der Theresienwiese war Oktoberfest, und ein Oktoberfest ohne Flohstich war ebenso undenkbar, wie etwa ein Oktoberfest ohne Bier. In einem mächtig großen Zelt war dieser Flohstich untergebracht und erfreute sich eines recht regen Besuches. In den Glaskästen tumelten, sochten, tanzten die braunen Seelen, zogen Wägelchen, auf denen wieder Flöhe saßen, benahmen sich außerordentlich geschäftig und geschäftig. Mit dem Vergrößerungsglas konnte man sich überzeugen, daß es wirkliche Flöhe waren, und daß sie seidenfadenbünne Silberdrähte um den Leib hatten, mittels derer sie regiert wurden.

Eines Nachmittags befand sich unter den Besuchern dieses Zirkus auch eine bayrische Prinzessin mit einem sehr altheimlichen Namen. Natürlich war sie nicht allein, denn damals schickte es sich nicht, daß junge Mädchen allein aufs Oktoberfest gingen, und eine Prinzessin war doch schließlich auch ein junges Mädchen. Sie hatte also zwei Begleitdamen mit sich. Der Besitzer des Flohstichs war ungemein gechrt durch die Anwesenheit dieses Wäses, und es ist selbstverständlich, daß seine kleinen Künstler eine Separatvorstellung vor der königlichen Hoheit geben mußten. Sie tumelten also aus Leibeskräften an ihrem Silberfaden, sochten gewaltige Turniere aus, zogen achtpännig eine nett ausgeputzte Kutse, in der eine besonders große Flohmutter saß, die ganz allerliebste nach allen Seiten aus dem Wagen grühte. Das war die Königin sozusagen, und es ist nicht weiter verwunderlich, daß die königliche Hoheit sich gerade für dieses Exemplar Floh besonders interessiert. Die Prinzessin wollte über die Lebensgewohnheiten dieser Primadonna genauestens Bescheid wissen, und erlaubte sich auch, wie sie ernährt würde. Da nahm der Zirkusbesitzer eine winzige kleine Pinzette, griff sich die Flohkönigin aus dem Glaskasten, hob sie heraus und legte sie auf seinen nackten Arm, den Hinterkopf seiner ganzen Menagerie. Aber der Floh hatte keinen Appetit auf seine gewöhnliche Nahrung — hupp, sprang er auf die Prinzessin zu und — war verschwunden.

Die Situation war recht peinlich. Die Prinzessin dürfte erhen doch keinen Floh nach Hause bringen, und zweitens tat es dem Zirkusbesitzer sehr um seine Primadonna leid. Was konnte man da tun?

Die Prinzessin wurde in ein Nebenzelt geleitet, und eine von den Begleitdamen sollte zusammen mit der Frau des Zudeninhabers den Flüchtling in der Wäsche der Prinzessin fangen.

Sie fingen insgesamt acht Stück.

Ob der richtige darunter war, ist nicht bekannt geworden.

Eine Wunderuhr. Die das Schwedische Ingenieur David Olson, ein Angestellter der Waffenfabriken Hofors in Wernsönd, eine Wunderuhr geschaffen. Die Uhr gibt außer der Zeit auch den Stand der Sonne, die Stellung der Sonne und des Mondes zu gewissen Tageszeiten, die Witterung wie ein Barometer, ferner eine Anzahl astronomischer Indikationen an, zwei verschiedene Globusse an der Uhr zeigen, wieviel Uhr es um die gleiche Zeit in verschiedenen anderen Gegenden der Erde ist. Mit der Uhr ist auch ein Radioapparat und ein Grammophon verbunden, die jedertzeit in Betrieb gesetzt werden können. In all dem ist die Uhr auch gleichzeitig als elektrischer Lichtspender, ferner als Radioempfänger. Das ganze Werk ist mit einem Schmelz verglast, der bei jedem Stundenklage mit seinem Hammer auf einen Ambos schlägt.

gen. Er holt zur Vorsorge noch mit, was im Gefäß D a) ist: Diebstähle a) grühte. Obenaufliegt er die Mappe „Giftmorde und Giftmörder“. Dann sucht er aus der Bibliothek einen Band über Münzverbrechen und ihre Bekämpfung, ein Band über Gifte wird noch mitgenommen. Aus dem letzten Schrank holt er allerhand Prospekte vom Lido, von der Schweiz; Notizen, die er sich in Holland gemacht hat, den Bäderer von Paris und den von Budapest.

Das alles stapelt er auf seinem Nachtschrank auf, geht drei Tage mit den Büchern ins Bett und liest bis früh um fünf. Lieft, bis sein armer Kopf zum Klagen voll ist mit tausend Dingen, Verbrechen, Prospekte. Dann tut er einen Tag gar nichts und das wüste Durcheinander in seinem Kopf beginnt sich langsam zu ordnen. Die Erinnerung an siebenundzwanzig Giftmordprozesse verwischt sich zu einem. Das Absonderliche, Außergewöhnliche, Interessanteste aller Fälle raunt sich um diesen einen. Aus dem Meer der Verbrecher, Diebe, Hochstapler, Giftmörder, die er aus seinem Erinnerungsschrank hervorgezaubert hat, kristallisieren sich ein paar Typen. Den Wechselbetrug hat er behalten, weil er so original und komisch war, den wird er verwenden. Und alles, was ihm in der Erinnerung blieb, was aus Wien und Sonderborem zu einem Einzigen zusammenschmolz, das wird verarbeitet.

Aus dem ganzen wächst die Masse, die die vom Verleger geforderte Idee füllt. Auch die Vertikalien erwachsen nach Wunsch.

Nicht sitzt der Autor vor seiner Maschine und beginnt zu tippen. Zeile wächst an Zeile. Sein kriminalistisches fachlich geschultes Hirn ist gefüllt und gepropft mit den notwendigen Erinnerungen, er schöpft aus dem Vollen. Blatt für Blatt zieht er aus der Maschine. Rings um ihn liegen Zettel, Zeitungsausschnitte, aufgeschlagene Bücher, liegt in einer Flut von Erzählten die ganze Phantasie, die uns vier Wochen später erkennen und erschauern machen wird. Mario Mohr.

